Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei postmaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle, Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Nebengeschäftsstelle: Markt 24
Anzeigen-Geschäftsstelle Gr. Ulrichstraße 63, I, Telephon Nr. 590 u. 591

Nr. 157. **Halle a. S., Donnerstag, den 2. April** **1908.**

Die Zivilprozeßreform und die Landgerichte.

Man schreibt uns:

Eine Folge der Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, wie sie der Entwurf betr. die Reform der Zivilprozeßordnung vorsieht, wird eine erhebliche Verminderung des Geschäftskreises der Oberlandesgerichte und der Landgerichte sein, eine Verminderung, die den Bestand einer nicht unbeträchtlichen Anzahl dieser Gerichte überhaupt in Frage stellen wird. Die Begründung des Entwurfes meint allerdings, die zu erwartende Geschäftsverschiebung sei nicht der Art, daß die Einziehung ganzer Gerichte in Aussicht genommen werden müßte. Es erscheine vielmehr eine Beeinträchtigung der Lebensfähigkeit der Kollegialgerichte hinsichtlich der Oberlandesgerichte unbedingt ausgeschlossen, für die Landgerichte höchstens in einigen Ausnahmefällen zu erwarten.

Für die Oberlandesgerichte mag dies auch zutreffen, denn sie werden vielleicht den nach der preußischen Justizstatistik für sie zu erwartenden Ausfall von 33 bis 34 Proz. der bisher vor sie gelangenden vermögensrechtlichen Streitigkeiten ertragen können. Für einzelne von ihnen erscheint dies allerdings nach dem gegenwärtigen Umfange ihres Geschäftskreises zweifelhaft, sie werden jedenfalls, wenn sie erhalten bleiben, nur ein recht kümmerliches Dasein führen. Auch bei den meisten anderen aber wird sich natürlich der Ausfall von einem Drittel ihrer Geschäftstätigkeit in den verschiedensten Beziehungen höchst unangenehm bemerkbar machen.

Wesentlich schlimmer liegt jedoch die Sache bei den Landgerichten, denn bei diesen werden, wie die Begründung mitteilt, nach den für Preußen angestellten Berechnungen von den bisher durch die Zivilkammern in erster Instanz entschiedenen vermögensrechtlichen Sachen etwa 48 Proz., und von den durch die Kammern für Handelssachen entschiedenen Prozessen etwa 57 bis 58 Proz. auf die Amtsgerichte übergehen. Bei kleineren ländlichen Landgerichten, welche verhältnismäßig wenig große Objekte zu behandeln haben, wird sich diese Durchschnittszahl noch erheblich steigern.

Die Rechnung stellt sich, nach einer Arbeit des Rechtsanwalts Dr. Dittenberger*) folgendermaßen: die Landgerichte verlieren rund 50 Proz. ihrer Zivilsachen an die Amtsgerichte, nämlich 48 Proz. bei den Zivilkammern und 57 bis 58 Proz. bei den Kammern für Handelssachen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich die Einbuße nur auf die erstinstanzlichen vermögensrechtlichen Streitigkeiten bezieht. Aber in diesen ruht ja der Hauptschwerpunkt der Tätigkeit der Landgerichte; ihnen gegenüber fallen, was den Umfang der zu leistenden Arbeit anlangt, die nicht vermögensrechtlichen Streitigkeiten, welche nach der Justizstatistik für 1903 nur etwa 5 Proz. der sämtlichen landgerichtlichen Prozesse betragen, wenig ins Gewicht. Die zurzeit den Landgerichten zugewiesenen, ebenfalls nur einen kleineren Teil der Tätigkeit dieser Gerichte absorbierenden Berufungssachen erleiden ihrerseits eine erhebliche Einschränkung durch die Bestimmung des Entwurfes, welche die Berufung in Sachen mit einem Beschwerdegegenstand von nicht mehr als 50 Mark ausschließt. Diese Einbuße wird umso größer sein, als nicht der Streit, sondern der Beschwerdegegenstand maßgebend ist.

Bei den kleinen Landgerichten, deren Bezirk vorwiegend ländliche Gebiete umfaßt, ist der Verlust erheblich größer, als der für Preußen allgemein berechnete Durchschnitt von 48 Proz.: in einer ganzen Anzahl von Einzelfällen sind nach der Statistik der letzten Jahre Verluste von 56 bis 60 Proz. und mehr für Landgerichte ohne Kammern für Handelssachen festgestellt. Die Zahl dieser kleinen Landgerichte ist außerordentlich groß; so bestehen z. B. im Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart fünf Landgerichte, welche nur eine Zivilkammer haben, im Oberlandesgerichtsbezirk Augsburg sind es deren vier, in Bamberg drei. In Preußen würden zunächst berührt werden Landgerichte, wie z. B.: Aurich, Arnsberg, Bartenstein, Braunsberg, Burg, Cleve, Glatz, Glogau, Göttingen, Graudenz, Greifswald, Guben, Hanau, Hechingen, Hirschberg, Insterburg, Köslin, Lissa, Lüneburg, Marburg, Memel, Meseritz, Neiße, Neu-Ruppin, Neuwied, Nordhausen, Oels, Paderborn, Prenzlau, Schneidemühl, Schweidnitz, Stade, Stargard, Stendal, Stolp, Torgau, Verden. Alle diese Gerichte hatten nach dem Stand von 1906, der sich nur unwesentlich geändert haben dürfte, eine Besetzung von nur fünf bis zehn Personen, einschließlich des Präsidenten und der Direktoren. Der Ort ihres Sitzes zählt weniger als 40 000 Einwohner. Ein großer Teil dieser Gerichte wird durch die bevorstehende Beschränkung ihres Geschäftskreises der Lebenskraft beraubt, aber auch bei der Mehrzahl der anderen Landgerichte wird sich die Verminderung ihrer Geschäfte um ca. 50 Proz. außerordentlich fühlbar machen.

Was namentlich der Verlust eines Landgerichtes für den dadurch betroffenen Ort bedeutet, bedarf kaum näherer Ausführung; eine solche Gemeinde verliert natürlich viel mehr, als etwa nur die infolge der Aufhebung des Gerichts versetzten kaufkräftigen Gerichtsbeamten, sie verliert den geldbringenden Zufluß der Eingesessenen des Gerichtsbezirks, sie verliert die Würde eines Vororts des Gerichtssprengels, kurz, sie erleidet Einbuße in jeder Beziehung. Natürlich werden auch diejenigen kleineren Orte, welche ihr Landgericht behalten, durch Versetzung von Beamten, Verminderung des Besuches der Gerichtseingesessenen usw. empfindliche finanzielle Schädigung erleiden. Ein Ersatz für alle diese Verluste kann durch die Vergrößerung der Amtsgerichte der betreffenden Orte nicht erreicht werden, da die den Landgerichten abgenommenen Geschäfte sich auf die Amtsgerichte derartig verteilen, daß für das einzelne Amtsgericht nur in Ausnahmefällen die Schaffung neuer Richter- und Beamtenstellen erforderlich werden wird. Aus diesem Grunde kann auch nicht die Rede davon sein, daß eine Dezentralisation zu Gunsten der mittleren und kleinen Amtsgerichte eintreten könnte. Auch hier steht also den Nachteilen der geplanten Regelung kein irgendwie ins Gewicht fallender Vorteil gegenüber.

*) Der von dem Verfasser des vorstehenden Artikels hier erwähnte Bericht des Herrn Rechtsanwalts Dr. Dittenberger-Halle ist von der „Saale-Zeitung" vor einiger Zeit eingehend gewürdigt worden.

Von der Balkanhalbinsel

liegt heute eine Reihe von Depeschen vor, die deutlich erkennen lassen, daß die Reibungsfläche zwischen der Türkei und Griechenland stetig größer wird, wenn es dem europäischen Konzert nicht gelingen sollte, die Differenzen in einer für beide Teile günstigen Weise zu lösen. Man telegraphiert uns:

Athen, 1. April. **In Monastir entdeckte man eine Verschwörung bulgarischer Banden zu dem Zwecke der Ermordung des dortigen griechischen Konsuls und des Personals des Konsulats.** In der Bevölkerung der Stadt herrscht lebhafte Aufregung über diesen Plan, dessen Ausführung die jüngst erfolgte Ermordung des Dragoman im griechischen Generalkonsulat in Saloniki nur allzu wahrscheinlich macht. Die Behörden wurden von den Begebenheiten in Kenntnis gesetzt.

Athen, 1. April. In der Kammer erklärte der Minister des Auswärtigen auf die von Dragumis gestellte Anfrage, die griechische Regierung habe in einer Note an die Pforte eine Verbindung der griechischen und türkischen Eisenbahn verlangt und die Mächte um Unterstützung hierzu ersucht. Die Mächte hätten ihren Vertretern in Konstantinopel Instruktionen erteilt, das griechische Gesuch zu unterstützen, mit Ausnahme von England, welches zwar dem Projekt günstig gesinnt sei, aber in einer an Oesterreich-Ungarn gerichteten Note erklärt habe, es halte die Frage der Reformen für dringlicher, als die Eisenbahn. In Sachen der Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle um 3 Proz. erklärte der Minister, die Pforte habe sich mit der einfachen Anzeige der Erhöhung begnügt, aber die griechische Regierung bestehe darauf, daß nach Maßgabe der Verträge die Zustimmung Griechenlands zu der Erhöhung notwendig sei. In der Frage der Frachtschiffe und der von der Türkei gegen griechische Dampfer geschaffenen Maßnahmen erklärte der Minister, er hoffe auf eine Lösung der Frage ohne Dazwischentreten der Mächte.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Se. Hoheit der Herzog Georg II. von Sachsen-Meiningen und Hildburghausen vollendet am 2. d. M. das 82. Lebensjahr.

— Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat sich in Begleitung des Kammerherrn von der Hense nach Italien begeben. In der nächsten Woche wird auch der Erbgroßherzog nach Italien reisen.

Zur Kaiserreise.

Der Sultan überhäuft den Deutschen Kaiser bei dessen diesmaliger Fahrt nach Griechenland, wobei auch türkischer Boden betreten wird, mit Aufmerksamkeiten. Wie das Wiener Korr.-Bureau aus Konstantinopel meldet, wurden zwei Kavallerieeskadronen aus Adrianopel über Dade Agatsch zur Begrüßung des Deutschen Kaisers nach der Küste von Epirus entsendet.

Wie das „B. T." aus Wien erfährt, wird Kaiser Wilhelm nun doch bestimmt die Küste von Epirus betreten, um auf Seeadler zu jagen, die zwischen den Klippen der dortigen Küste sehr zahlreich nisten. Diese Jagd ist ganz eigentümlich. Man besteigt einen Hügel, während an einer exponierten Stelle in Schußweite das Aas eines großen Tieres, gewöhnlich ein verendeter Esel, niedergelegt wird. Nach einiger Zeit lassen sich kreisende Seeadler auf dem Aas nieder und man erhält günstige Gelegenheit zum Schuß. Der Aufenthalt des Kaisers an der Küste soll angeblich nur wenige Stunden währen.

Die neuen Vorschläge und Zusätze zum Börsengesetz.

Der Vorstand des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler hielt dieser Tage eine Sitzung wegen der neuen Kompromißvorschläge zum Börsengesetz ab. Auf die Bitte des Vorstandes war der Referent des Börsengesetzes in der Kommission, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Weber in der Sitzung erschienen. Der allgemeine Eindruck von der neuen Gestaltung der Börsenvorlage bezüglich der Produktenbörse ist nach der „Frankfurter Zeitung" der, daß die Getreidehändler weiterhin unter einem noch weit ärgeren Druck als bisher stehen werden, und daß es sich bis jetzt noch gar nicht übersehen läßt, inwieweit dabei das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft, das zur Versicherung gegen Konjunkturverluste für den Großhandel in Getreide und für die Müllerei eine unbedingte Notwendigkeit ist, sich wird fortsetzen lassen. Namentlich die unklare Fassung des § 66 und des § 77 b droht die gesetzgeberische Tendenz, das Geschäft an der Börse zu erhalten, zu vereiteln.

Vereinsgesetz und freisinnige Vereinigung.

Der Abg. D. Naumann beschäftigt sich in der „Hilfe" mit dem Kompromiß zum Vereinsgesetz, dem er zustimmt, und mit der bekannten Adresse an die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung. Er schreibt dieserhalb:

„Der Protest der Herren Dr. Barth, v. Gerlach und Breitscheid gegen die Fraktionspolitik war längst vor dem Vereinsgesetz-Kompromiß vorhanden, und die Frage unserer Abstimmung ist nur der Anlaß, aus dem sich zwei Strömungen scheiden, die trotz aller Verwandtschaft der Ideen nicht mehr innerhalb derselben Organisation werden Politik machen können. Wir sehen es kommen, daß sich eine Anzahl unserer Parteifreunde von allem Zusammenhange mit der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft wird lossagen wollen. Es gibt auch Zuschriften, die in mich drängen, daß ich dasselbe tun soll. Ich werde es nicht tun; ich bleibe bei der Fraktionsgemeinschaft.

Parlamentarische Immunität und Kommandogewalt.

Wie aus dem Reichstagsbericht vom 30. v. Mts. ersichtlich war, hat der Abg. und Vizepräsident Prof. Paasche bei Beratung des Militäretats den Angriff zurückgenommen, den er seinerzeit in der 2. Lesung gegen den Kriegsminister von Einem in Sachen der Moltke-Harden-Affäre gerichtet. Paasche hatte, wie erinnerlich, getadelt, daß der Kriegsminister über die Einzelheiten der Affäre, als er über sie sprach, ungenügend unterrichtet gewesen sei und den Grafen Moltke zu sehr in Schutz genommen habe, denn in Berliner Offizierkasinos seien schon seit Jahren anzügliche Lieder auf den Grafen Moltke gesungen worden. Diesen Angriff hat nun Herr Paasche teilweise zurückgenommen. Eingeweihten Kreisen kam diese Revokation nicht überraschend. Man hatte in den letzten Wochen schon davon gehört, daß auf Herrn Paasche andauernd ein Druck ausgeübt werde, um ihn zu einer Revokation seiner Vorwürfe zu bewegen, ein Druck wohl von politischen Freunden, aber auch von militärischer Seite, und es hieß schon seit langer Zeit, daß Herr Paasche schließlich wohl werde revozieren müssen: man sprach auch davon, daß sonst seine Stellung als Vizepräsident des Reichstages unhaltbar sei. Herr Paasche ist Rittmeister der Landwehr a. D. Und das war wohl in erster Linie für Paasche die Veranlassung zu der Revokation. Interessant wäre es, so meint die „Frankf. Ztg." zu erfahren, welcher Art der Druck gewesen ist, den das Kriegsministerium angewendet hat, um Paasche zur Revokation zu bewegen.

Boykottierung deutscher Landwirte.

Aus Lemberg wird gemeldet: Zur Boykottierung der deutschen Landwirte, die polnische Feldarbeiter beschäftigen, organisiert der galizische Abgeordnete Kolnszemski, der die landwirtschaftlichen Verhältnisse in den französischen Departements Saone und Loire studierte, eine größere Zahl Expeditionen galizischer Feldarbeiter, die sonst nach Preußen gingen, nach Frankreich. Eine Partie von etwa tausend galizischen Arbeitern ist bereits nach Frankreich abgegangen. Am 15. April folgt ein zweiter Schub von 400 galizischen Feldarbeitern.

Parlamentarisches.

— Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich heute mit dem Antrage eines Hamburger Rechtsanwaltes um Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Diederich Hahn. Dr. Hahn hatte in einer Rede von einer Hamburger Firma behauptet, daß sie dicht vor dem Bankrott stehe. Die Firma strengte daraufhin durch den Rechtsanwalt die Beleidigungsklage gegen Dr. Hahn an. Die Geschäftsordnungskommission beschloß einstimmig, dem Plenum des Abgeordnetenhauses zu empfehlen, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dr. Hahn zu versagen.

Heer und Flotte.

— Durch den Tod des Generalmajors z. D. v. Pestel ist die Zahl der noch lebenden inländischen Ritter des Ordens pour le mérite für Kriegsverdienste auf 23 zurückgegangen. Ritter dieses Ordens sind: Generalfeldmarschall Graf Haeseler; die Generale der Infanterie v. Leszczynski, v. Kleist, v. d. Burg, v. Strubberg, v. Lignitz; die Generale der Kavallerie Graf Wartensleben, v. Unger; der General der Artillerie von Körber; die Generalleutnants v. Berckem, v. d. Mulbe, v. Trotha; Vizeadmiral v. Usedom; Generalmajor v. Löwenfeld; Kontreadmiral Lans; die Obersten Schach v. Wittenau, Bloch v. Blottnitz, v. Förster; die Majore v. Tresckow, Graf Soden, Meister und die Hauptleute Franke und Kremkow. Von diesen sind noch in aktiven Stellungen: v. Usedom, Lans, v. Förster, Graf Soden, Meister und Franke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080402011/fragment/page=0001

Allgemeine Mitteilungen.

— Der anhaltische Landtag hat in seiner vorgestrigen Sitzung den Gesetzentwurf betr. Abänderung des Witwenkassengesetzes mit den in der zweiten Lesung beschlossenen Erweiterungen (Erhöhung des Mindestsatzes der Witwenpension von 300 auf 350 Mark usw.) auch in dritter Lesung angenommen. In zweiter Lesung wurde die Vorlage, nach der 32 000 Mark für den Umbau der Tresoranlage und der Kassenräume der Herzogl. Landeshauptkasse gefordert werden, angenommen. Dieser Umbau ist dadurch erforderlich geworden, daß sich durch den im September v. J. erfolgten Einbruch in die Landeshauptkasse zu Dessau, bei dem den Dieben 15 000 Mark in die Hände fielen, die Unzulänglichkeit der Tresoranlage erwiesen hat.

— Der Prinz von Sagan und Anna Gould haben ihre Verlobung in nichtoffizieller Weise ihren Bekannten mitgeteilt. Die Hochzeit soll in Europa, wahrscheinlich im Mai stattfinden. Die Familie Gould wird mit ihren Versuchen, die Erbschaft der Braut wegen der ohne die Zustimmung der Familie erfolgten Verehelichung um die Hälfte zu kürzen, nach Ansicht namhafter Juristen vor Gericht nicht durchdringen.

Deutscher Reichstag.

137. Sitzung vom 1. April.

Am Tische des Bundesrats: **v. Bethmann-Hollweg, v. Schön, Breitenbach, Jonquières, v. Körner, Twele, Wermuth, Graf Lerchenfeld, Graf Bertzheim, Dr. Fischer** und Vertreter anderer Bundesstaaten.

Das Haus ist zu Beginn sehr stark besetzt.

Präsident Graf **Stolberg** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die namentliche Abstimmung über die Ostmarkenzulage.

Zuvor wird in der Eventualabstimmung die im Antrag Ablaß (freis. Fraktionsgemeinschaft) geforderte Unwiderruflichkeit einstimmig in den Antrag der Rechten eingefügt. Die namentliche Abstimmung ergibt dann die Annahme der Ostmarkenzulage mit 163 gegen 142 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung.

Die Schiffahrtsabgaben.

Es folgt dann die Verhandlung der Interpellationen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten, die bereits vom 20. und 25. Februar datieren:

Die drei freisinnigen Gruppen, Dr. Ablaß und Genossen fragen:

Hält der Herr Reichskanzler die Einführung von Schiffahrtsabgaben, wie sie in § 19 des preußischen Gesetzes betr. die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen vom 1. April 1905 vorgesehen sind, für vereinbar mit der Reichsverfassung und mit den bestehenden internationalen Verträgen? Billigt der Herr Reichskanzler die Erklärung, welche der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten in der zehnten Sitzung der Budgetkommission abgegeben hat?

Die Interpellation der Sozialdemokraten lautet:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Widerspruch mit Artikel 54 der Reichsverfassung und unter Verletzung internationaler Abmachungen die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf deutschen natürlichen Wasserstraßen durch den Bundesstaat Preußen geplant ist? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutz der Reichsverfassung und der durch Preußen gefährdeten wichtigen wirtschaftlichen Interessen zu tun?

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** erklärt sich zur sofortigen Antwort bereit.

Abg. **Frank-Mannheim** (Soz.): Die verbündeten Regierungen haben sich zur Beantwortung Zeit genommen. Jahrelang sind weite Kreise des deutschen Volkes in Sorge und Unruhe. Der Redner trägt kurz die bekannte Geschichte der Frage vor. Das ganze vorige Jahrhundert war erfüllt von dem Bestreben, diese Frage einheitlich für das deutsche Wirtschaftsgebiet zu regeln. Preußen hat wieder einmal bewiesen, daß der preußische Partikularismus der gefährlichste von allen ist. Vorläufig stand der Verwirklichung des Planes der Artikel 54 der Reichsverfassung entgegen. Man versuchte, ihn nicht durch Gesetz zu ändern, sondern hinwegzuinterpretieren. Man hat die preußischen Regierungsjuristen nun auf die Verfassung losgelassen. Die haben keinen Stein auf dem anderen gelassen. Man hat scheinwissenschaftliche Tendenzschriften verfaßt, und so interessant die volkswirtschaftliche Seite der Frage ist, so abstoßend ist das juristische Zwischenspiel. Der Feldzug, den die preußischen Geheimräte haben führen müssen, hat das Rechtsbewußtsein des Volkes verwirrt und wahrscheinlich auch verwirren sollen. Und die juristischen Aufklärungspatrouillen haben nicht nur gegen einzelne Bestimmungen der Verfassung geschossen, sondern gegen den Stand der Verfassung selber und von juristischen Zwirnsfäden gesprochen; nun, vielleicht kommt wieder die Zeit, wo die preußische Regierung selber sich an die Verfassung und an die „juristischen Zwirnsfäden" anklammert. Dann aber ist es vor allem auch ein Verstoß gegen den bundesstaatlichen Charakter des Reiches. Ich bedaure, daß die süddeutschen Staaten sich überhaupt in Verhandlungen mit Preußen eingelassen haben. Das Vorgehen Preußens ist aber auch unbegreiflich vom Standpunkt der internationalen Interessen des Reiches. Rheinschiffahrtsakte und Elbvertrag haben die Abgabenfreiheit auf den natürlichen Wasserstraßen zum internationalen Vertragsrecht gemacht. Haben wir denn so viele Freunde draußen, daß wir es wagen dürfen, einer auswärtigen Macht gegenüber die Vertragstreue in Zweifel zu stellen? Wir stehen in freundschaftlichen Beziehungen zu den einen oder anderen Herrscher von Marokko, auch zu dem Fürsten von Monaco und neuerdings auch Montenegro. Aber wertvoller ist doch, daß wir gegen die Niederlande und Oesterreich nicht unfreundliche Akte begehen. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist die Abgabenfreiheit der Ströme mit der nationalen Einheit verbunden. Trennt man die eine, so schädigt man die andere. Durch die Einführung von Abgaben würde die Konkurrenz des Südens gegenüber dem Norden erschwert werden. Nach einer Enquete der Mannheimer Handelskammer würde allein die Mehrbelastung des Mannheimer Verkehrs eine Million Mark jährlich betragen, eine einzige dänische Firma würde jährlich 71 000 Mark zu zahlen haben. (Hört! hört!) Die großen Schiffahrtsgesellschaften lassen die Mehrkosten ihren Abnehmern auf, die kleinen Unternehmer können das nicht, sie müssen die Kosten tragen. Das ist preußische Mittelstandspolitik. Die Seite, die zur Einführung treibt, ist verkehrsfeindlich.

Abg. **Kaempf** (frs. Vp.): Die Erklärung des preußischen Eisenbahnministers über die Schiffahrtsabgaben hat allseitig heftigen Widerspruch hervorgerufen. Niemand hätte es für möglich gehalten, daß die gesetzgebenden Faktoren Preußens sich entschließen würden, einseitig vorzugehen in einer Frage, die das ganze Reich angeht. Nach einem Gutachten des Reichsjustizamtes ist die Einführung ohne eine authentische Interpretation der Verfassung nicht möglich. Diese Interpretation soll nun gegeben werden. Sie muß aber in der Weise geschehen, wie überhaupt Verfassungsänderungen vorgenommen werden, auf Grund eines Reichsgesetzes, das nur Geltung erlangt, wenn im Bundesrat nicht 14 Stimmen dagegen sind. Wir müssen wissen, wie sich der Reichskanzler zu dieser Frage der Interpellation stellt. Die agrarische Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses hat den von der Krone befürworteten Kanal vom Rhein bis zur Elbe, der den Osten mit dem Westen verbinden sollte, aus eigennützigen Interessen im Sande verlaufen lassen, obgleich es sich um einen Kulturfortschritt ersten Ranges gehandelt haben würde.

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg:** Ich habe im Namen des Reichskanzlers folgende Erklärung abzugeben: Die Frage, inwieweit die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen, wie sie im § 19 des preußischen Gesetzes betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen vom 1. April 1905 vorgesehen sind, mit Artikel 54 der Reichsverfassung vereinbar ist, hat bisher noch nicht zum Austrage gelangen können. Die königlich preußische Staatsregierung, welche die Erhebung von Schiffahrtsabgaben nicht nur für die preußischen, sondern auch für die nichtpreußischen Strecken der gemeinsamen Flüsse innerhalb der Reichsgrenzen, die Bildung von Zweckverbänden zur Förderung der gesamtdeutschen Schiffahrtsinteressen und die Verwendung des Ertrages der Abgaben zur Verbesserung der Wasserstraßen — ohne Unterschied der einzelstaatlichen Gebiete — erstrebt, wird ihrerseits die geeigneten Schritte tun, um die der Erhebung von Schiffahrtsabgaben etwa entgegenstehenden, aus der jetzigen Lage des öffentlichen Rechtes erwachsenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Die preußische Regierung wird namentlich zur Klarstellung der bezeichneten Verfassungsbestimmung den Weg der Reichsgesetzgebung beschreiten, sobald die zurzeit zwischen Preußen und den übrigen beteiligten Bundesstaaten im bundesfreundlichen Sinne geführten Verhandlungen ausreichend gefördert worden sind. Sie glaubt durch die von ihr angestrebte, nicht durch fiskalische Rücksichten bestimmte Lösung der umstrittenen Frage allen an der Stromschiffahrt Beteiligten wie auch dem deutschen Wirtschaftsleben überhaupt einen wesentlichen Dienst zu leisten (Lachen links), und dem nationalen Gedanken eine neue, auf Gemeinsamkeit der Interessen beruhende Förderung zuteil werden zu lassen. (Lachen links.)

Da bei der preußischerseits angestrebten Einführung von Schiffahrtsabgaben zugleich internationale Abmachungen in Betracht kommen, so wird wegen Erhebung solcher Abgaben auch mit den beteiligten fremden Staaten in Verhandlung getreten werden, nachdem die Angelegenheit in Deutschland selbst entschieden sein wird.

Preußischer Minister **Breitenbach** ergänzt diese Erklärung, die der Stellvertreter des Reichskanzlers verlesen hatte, durch längere Ausführungen, in denen er sich auf die Zustimmung des preußischen Landtages beruft und in denen es weiter heißt: Die preußische Regierung ist nicht nur von der Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit, sondern auch von der wirtschaftlichen Notwendigkeit ihres Vorgehens überzeugt und wird die Aufwendung weiterer Mittel für die Verbesserung der natürlichen Wasserstraßen von der Verwirklichung jenes Programmes abhängig machen.

Abg. **Gerstenberger** (Ztr.): Wir können mit der Erklärung des Reichskanzlers einverstanden sein, nachdem Preußen bereit ist, mit den anderen Bundesstaaten über diese Frage zu verhandeln und nicht selbständig vorgehen will. Zweifel bestehen über § 54 der Verfassung, daher ist eine Interpretation zulässig. Die Abgaben sollen so gering sein, daß von einer Verteuerung des Handels oder gar des Brotes nicht die Rede sein kann. (Unruhe links.)

Abg. **Kreth** (kons.): Man kann es Preußen nicht verdenken, daß es nicht weiter den Löwenanteil der Lasten tragen will. Wenn die Agrarier so für die eigenen Interessen kämpfen würden, wie hier der Mannheimer Vertreter für die Interessen Mannheims, dann würde es heißen, die begehrlichen Agrarier. Hier kann man von Mannheimer Umschlagsagrariern reden.

Abg. **Wälzl** (nl.): Einig ist die nationalliberale Partei in der Beurteilung der rechtlichen Seite der Frage, daß ohne Aenderung oder authentische Interpretation der Verfassung Schiffahrtsabgaben nicht erhoben werden dürfen, geteilt ist sie in der wirtschaftlichen Frage; die überwiegende Mehrheit ist mit der Erhebung von Schiffahrtsabgaben einverstanden. Eine Minderheit lehnt ab. Auch Prinz Ludwig von Bayern, dessen staatsmännische Weisheit die äußerste Linke rühmt, hat erklärt: Lieber Kanäle mit Schiffahrtsabgaben, als keine Kanäle und keine Schiffahrtsabgaben. Von einem Vertragsbruch kann keine Rede sein.

Abg. **Schrader** (Frs. Vg.): Keine Interpretation schafft die Tatsache aus der Welt, daß die Männer, die die Verfassung geschaffen haben, abgabenfreie Ströme haben wollten. Daher ist eine Verfassungsänderung notwendig, nicht eine Interpretation. Die ganze Sache ist von den Gegnern der Wasserstraßen eingeleitet worden und die Regierung macht mit. Oesterreich, Holland und die Schweiz werden das nicht ohne weiteres hinnehmen.

Abg. Dr. **David** (Soz.): Die Agrarier wollen das ausländische Getreide nicht hereinlassen, alles andere ist Gerede. Der beste Interpret der Verfassung ist die bisherige Praxis und vor allem der Präcedenzfall des Unterweservergesetzes von 1886. Hinter verschlossenen Türen im Bundesrat soll die Sache gedrechselt werden; das darf sich der Reichstag nicht gefallen lassen. Preußisches Landesrecht geht über Reichsrecht. Mit Versprechungen, mit Bestechungen wird gegen die Bundesstaaten gearbeitet. Die Rheinschiffahrtsakte verpflichtet die preußische Regierung, den Rhein fortgesetzt zu meliorieren, und heute erklärt der Minister, daß sie das fortan nicht tun wird. Das ist Erpressertaktik. (Unruhe rechts.) Wir Umstürzler müssen dafür sorgen, daß die preußische Regierung nicht die Verfassung umstürzt.

Minister **Breitenbach:** Ich protestiere gegen diese Ausdrücke, die man der preußischen Regierung ins Gesicht schleudert. Ich gehe auf die Uebertreibungen nicht ein. Mir kommt es lediglich darauf an, festzustellen, wie die Stimmung im Hause ist, und die Debatte hat ja erwiesen, wie die Mehrheit denkt. Nicht eine Verteuerung, sondern eine Verbilligung der Frachten wird die Folge der Schiffahrtsabgaben sein. Von einer Erledigung im Bundesrat ist nicht die Rede. Es soll die Interpretation im Wege der Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden. Wenn die Interpretationsvorlage aus dem Bundesrat an den Reichstag kommt, werden die politischen Gesichtspunkte erörtert werden.

Abg. **Bogt-Hall** (Wirtsch. Vg.): Wir müssen für die Abgaben dankbar sein; die Weiterentwickelung Heilbronns ist davon abhängig, daß der Neckar von Mannheim bis nach Heilbronn endlich einmal kanalisiert wird. Ganz Württemberg ist daran lebhaft interessiert, und das geht nicht ohne die Schiffahrtsabgaben.

Abg. **Günther** (Frs. Vp.) spricht vom sächsischen Standpunkt gegen die Schiffahrtsabgaben. Das Vorgehen Preußens ist nicht bundesfreundlich. Der Reichskanzler wird damit kein Dienst erwiesen. Preußen übt einen gefährlichen moralischen Druck auf die anderen Bundesstaaten aus. (Abg. Singer ruft: Unmoralischen!) — Ja, das ist ein unmoralischer Druck.

Vizepräsident **Kaempf** ruf seinen Parteigenossen zur Ordnung.

Minister **Breitenbach:** Ströme von Tinte sind geflossen, und auf diesen Strömen zog ein Schiff dahin, das nur mit Theoretikern beladen war. Ich wünschte, es hätte auf seinem Wimpel die Worte gezeigt: Theorie und Praxis. Dann würden wir weiterkommen.

Abg. **Zimmermann** (Rfp.): **Wir in Sachsen wollen nichts** von den Abgaben wissen.

Abg. **Hauß** (Ztr.) spricht als Vertreter der Rheingegend für die Schiffahrtsabgaben.

Abg. **Heinze** (nl.) erklärt die Gegnerschaft der Minderheit der nationalliberalen Partei gegen die Abgaben, die besonders Sachsen und Baden schwer schädigen würden. Wie wird sich Preußen verhalten, wenn 14 Stimmen im Bundesrat dagegen sind? Ist damit die Aktion beendet? Oder wird Preußen dann erklären, es interpretiere die Verfassung nun selbst?

Die Besprechung wird vertagt.

Präsident Graf **Stolberg** ruft den Abg. David wegen der Ausdrücke „Erpressertaktik" und „Illoyalität" nachträglich zweimal zur Ordnung.

Abg. D. **Naumann** (Frs. Vg.) erklärt persönlich, die Neckarkanalisation für eine absolute und dringende Notwendigkeit. (Heiterkeit.)

Abg. **Bogt-Hall** (Wirtsch. Vg.): Und die Schiffahrtsabgaben?

Donnerstag 1 Uhr: Vereinsgesetz.

Schluß 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

65. Sitzung vom Mittwoch, 1. April.

Am Ministertisch: Freiherr **v. Rheinbaben, Fleck.**

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Die Sekundärbahnvorlage.

Zweite Lesung.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs und ersucht in einer Resolution die Regierung, zu prüfen, ob und inwieweit die Bereitstellung des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung im Betrage von 30 Millionen Mark von dem jeweiligen Vorhandensein rechnungsmäßiger Ueberschüsse unabhängig gemacht werden kann.

Abg. **v. Arnim** (kons.) beantragt, von den zur Beschaffung von Betriebsmitteln geforderten 220 Millionen Mark 50 Mill. zu streichen.

In der allgemeinen Besprechung empfiehlt

Abg. **v. Quast** (kons). die Annahme der Resolution der Kommission.

Abg. Dr. **Dahlem** (Ztr.) beklagt, daß die Fahrpläne der Hauptbahnen gar keine Rücksicht auf die Anschlüsse der Nebenbahnen nehmen.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.) betont, daß die Resolution der Kommission augenblicklich nur theoretischen Wert habe.

Abg. **v. Arnim** (kons.) begründet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die allgemeine Finanzlage; man müsse jetzt mit möglichst wenig Anleihen an den Markt treten.

Unterstaatssekretär **Fleck** bittet um Ablehnung des Antrages Arnim; die Anleihe würde erst im Jahre 1909 auf den Markt gebracht werden.

Nachdem noch

Abg. Dr. **König** (Ztr.) für den Antrag Arnim sich ausgesprochen, wird dieser angenommen, ebenso die Resolution der Kommission.

In der Einzelbesprechung bittet

Abg. **v. Veltheim** (kons.) um Beschleunigung des Baues weiterer Gleise auf der Strecke Charlottenburg—Spandau.

Graf **von der Gröben** (kons.) bedauert, daß bei der Strecke Barth—Prerow der Kreis Franzburg mit zu hohen Beiträgen herangezogen wird.

Abg. **Macco** (ntl.) bittet um Verlegung der Strecke Billenburg—Weidenau zugunsten der Dörfer Wilmsdorf und Wilgersdorf.

Der Rest der Vorlage wird ohne Debatte angenommen, die Denkschrift über den Kleinbahnfonds durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Es folgt die

dritte Lesung der Vorlage.

In der allgemeinen Besprechung werden Wünsche in bezug auf Linien und Bauten, die nicht im Gesetzentwurf stehen, erörtert.

Der Antrag Macco (ntl.) auf Wiederherstellung der gestrichenen 50 Millionen wird mit geringer Mehrheit abgelehnt, der Gesetzentwurf im ganzen auch in dritter Beratung erledigt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Polizeikostengesetz, kleine Vorlagen. Schluß 2½ Uhr.

*

Herrenhaus.

11. Sitzung vom 1. April.

Am Ministertisch: **Holle, Schwartzkopff.**

Vizepräsident **Becker** eröffnet die Sitzung um 12,30 Uhr in Anwesenheit von 21 Mitgliedern.

Die Etatsberatung wird fortgesetzt. Beim Etat des

Kriegsministeriums

verweist

Graf **v. Mirbach** auf die gerade im Osten stark gestiegenen Manöverlasten. Man möge eine Aenderung der Gesetzgebung erwägen, um den Grundbesitzern eine ausreichende Entschädigung zu sichern.

Generalfeldmarschall Graf **Häseler:** Im Interesse der Armee müssen bei den Manövern einige Unbequemlichkeiten getragen werden.

Oberbürgermeister **Wilms-Posen:** Die Schädigung der Jagdpächter durch die Manöver wird von Jahr zu Jahr größer. Graf Mirbachs Anregung ist berechtigt. Leider ist der Geschäftsgang bei der Militärverwaltung sehr schwierig.

Kultusetat.

Hier liegt vor eine Resolution des Professors Dr. Nielmes-Münster, die weitere Ausgestaltung der westfälischen Wilhelms-Universität in Münster zu einer vollen Universität durch Hinzufügung einer medizinischen Fakultät herbeizuführen.

Berichterstatter ist Professor Dr. Hillebrandt-Breslau.

Oberbürgermeister **Wilms-Posen:** Die Provinzialmuseen sind mehr als bisher zu berücksichtigen. Den kulturarmen Provinzen des Ostens ist besonders zu helfen. Natürlich darf man in der Dezentralisation nicht zu weit gehen. Es wäre ein Unding, in jeder kleinen Stadt und in jedem Dorf ein Museum zu gründen. (Im Saal erscheint Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben, der bald mit dem Vizepräsidenten Becker und den Mitgliedern des Bureaus lebhaft verhandelt.)

Kultusminister **Holle:** Die Anforderungen an die Zentrale sind von Jahr zu Jahr gewachsen. Die Museumsverwaltung ist aber bemüht, den Wünschen der Provinzialmuseen gerecht zu werden. (Bravo!)

Generalfeldmarschall Graf Häseler: Statt des 14. sollte das 15. Lebensjahr den Austritt aus der Volksschule bringen. Dafür sollte der Schulbesuch erst im 7. Lebensjahr beginnen. Jetzt ist die Frist zwischen Schul- und Militärzeit zu lang. Diese Zwischenzeit muß aber mehr Fortbildungs- und Fachschulunterricht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080402011/fragment/page=0002

bringen. Die jetzige Zersplitterung der Fachschulen muß einem einheitlichen Aufbau Platz machen.

Minister **Holle** dankt für die wertvollen Anregungen. Es ist eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Unterrichtsverwaltung, für die Jugend zu sorgen, die jetzt in dem empfindlichen Alter von vierzehn Jahren die Obhut der Schule verläßt. Ich bin bereit, den Anregungen des Vorredners weiter nachzugehen.

Professor **Reinke-Kiel** tritt erneut für die Einführung biologischen Unterrichts in den Oberklassen der höheren Lehranstalten ein. Zu meiner Freude ist mir heute morgen bekannt geworden, daß diese Angelegenheit bereits einen großen Schritt vorwärts gemacht hat durch einen Erlaß des Herrn Ministers vom 19. März an die Provinzialschulkollegien. Dieser Unterricht ist um so notwendiger, als die Naturwissenschaften heute häufig ins Treffen geführt werden, um auf Grund angeblicher Errungenschaften unsere Weltanschauung umzugestalten. Meine Rede ist den weitestgehendsten Mißverständnissen in der Tagespresse und damit in der öffentlichen Meinung begegnet, so daß geradezu eine Legendenbildung daraus entstanden ist. Immer wieder tritt mir die Anschauung entgegen, ich hätte die Staatsgewalt gegen eine wissenschaftliche Forschungsrichtung aufgerufen, hätte einen tendenziös zugespitzten biologischen Unterricht gefordert und sogar die Polizei gegen die Wissenschaft aufgerufen. Das ist eine völlig irrige Auffassung meiner Absichten.

Kultusminister Dr. **Holle**: Die Unterrichtsverwaltung hat der Anregung Folge gegeben, den sehr wertvollen biologischen Unterricht in den höheren Lehranstalten einzuführen. Ein entsprechender Erlaß ist dem Provinzialschulkollegium mitgeteilt worden. Von den Provinzialschulkollegien haben sich 5 zustimmend geäußert, 5 mit kleinen Bedenken zustimmend, und nur 2 ablehnend. Daraufhin ist am 19. März d. J. die für die künftige Gestalt des biologischen Unterrichts maßgebende Anordnung ergangen; ich hoffe, daß dieser Unterricht segensreich wirken werde. (Beifall.)

Oberbürgermeister **Bender-Breslau** bittet den Minister, mehr als bisher für die Freiheit der Selbstverwaltung der Organe der Schulverwaltung zu sorgen. Die Hypertrophie der Aufsichtsführung des Staates tritt am meisten bei den höheren Mädchenschulen in die Erscheinung. Es werde noch immer darüber debattiert, ob die Schülerinnen der Mädchengymnasien mit „Du" oder „Sie" angeredet werden sollten. Es sei doch selbstverständlich, daß man diese meist nicht mehr jungen Mädchen genau so mit „Sie" anrede, wie es in den Mädchenschulen gegenüber jedem eingesegneten Mädchen eo ipso geschehe. Lächerlich sei auch der Disput darüber, ob man die Schülerinnen der Mädchengymnasien mit dem Vor- oder Zunamen anreden solle. Auch bei den Volksschulen lasse die Aufsichtsführung viel zu wünschen übrig. Der Staat sollte, wenn er von seiner Aufsichtsführung nicht absehen will, doch lieber den folgerichten Schritt tun und aus der Gemeindeschule die Staatsschule machen. Das Volksschulunterhaltungsgesetz belastet die Stadtgemeinden, ohne ihnen ein Aequivalent zu geben. Die nützliche Institution der Schuldeputationen werde vom Staat jetzt fast gar nicht mehr anerkannt. Der Minister möge Vertrauen haben zu der Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Schulen. (Beifall.)

Kultusminister **Holle** verteidigt die staatliche Schulaufsicht. Der Staat habe den Schulzwang eingeführt und könne deshalb auf das Schulaufsichtsrecht nicht verzichten.

v. Zitzewitz-Jesenow tritt für Besserstellung der Hebammen ein.

Graf **Mirbach** dankt dem Minister für den Schutz, den er dem preußischen Volksschulwesen habe angedeihen lassen.

Auf Anfrage des Berichterstatters Dr. **Hillebrandt** erwidert Minister **Holle**, daß es keinen Erlaß gebe, nach welchem mindestens zwei Drittel der Schüler jeder Klasse versetzt werden müssen.

Professor Dr. **Küster** verlangt erhöhte Mittel für die Universität Marburg.

Professor Dr. **Niehues-Münster** begründet seine Resolution auf Errichtung einer medizinischen Fakultät in Münster, zieht sie aber schließlich zurück, in der Annahme, daß der Minister auch so sein Wohlwollen der Universität Münster erhalten werde.

Generalfeldmarschall Graf **Häseler** bedauert, daß der Turnunterricht auf dem Lande sehr im Argen liege.

Minister **Holle** erwidert, das Turnen auf dem Lande bedürfe einer größeren Fürsorge. Infolge der Berichte einer Kommission, die im vorigen Jahre die Verhältnisse auf dem Lande inspiziert habe, sei eine neue Verfügung ergangen.

Prof. **Hillebrandt-Breslau** dankt dem Minister für sein Verhalten im Fall Pfannkuche.

Oberbürgermeister **Knobloch-Bromberg** bittet um Auskunft über den Stand der Mädchenschulreform und Vorlegung einer besonderen Vorlage.

Minister **Holle** erwidert, der Plan der Mädchenschulreform werde in den nächsten Tagen zum Abschluß gebracht und im Herbst dem Hause vorgelegt werden.

Oberbürgermeister **Wilms-Posen** befürwortet eine Petition auf Erhöhung der Ostmarkenzulagen für Volksschullehrer.

Oberbürgermeister **Knobloch-Bromberg** bittet, insbesondere die Landlehrer in Posen bei den Ostmarkenzulagen zu berücksichtigen.

Minister **Holle** dankt den Lehrern in den Ostmarken für ihre treue Pflichterfüllung, insbesondere auch während des Schulstreiks.

Graf **Hutten-Czapski** bittet um Aufnahme der experimentalen Therapie, besonders der Serumtherapie, in die medizinische Prüfungsordnung.

Graf **v. Roon** klagt über zu schablonenhafte Nahrungsmittelkontrolle auf dem Lande.

Minister **Holle** sagt Prüfung der Angelegenheit zu.

Graf **v. d. Schulenburg-Grünthal** weist darauf hin, daß die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg eine musterhafte Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt eingerichtet habe.

Damit ist die Beratung des Kultusetats erledigt.

Der Etat im ganzen wird angenommen, ebenso das Etatsgesetz.

Es folgt die Beratung des Antrags des Fürsten v. Hatzfeld auf Reform der allgemeinen Landesverwaltung dahin, daß die Tätigkeit der Provinzialbehörden vereinfacht und dezentralisiert werden soll, und daß auch im Instanzenzuge Vereinfachungen herbeigeführt werden sollen.

Hierzu liegt ein Antrag Graf **Eulenburg** vor auf Reform der allgemeinen Landesverwaltung in der Richtung, daß durch möglichste Beseitigung unnützen Schreibwerks und Vereinfachung des Instanzenzuges eine wesentliche Verminderung der Behörden und Beamten herbeigeführt wird.

Fürst **v. Hatzfeld**: Die jetzige Art der Verwaltung beruht im wesentlichen auf einer Verordnung von 1817. In den 91 Jahren haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, der Polizeistaat hat sich überlebt. In England, dem Lande des gesunden Menschenverstandes, hat man überhaupt nicht, was man bei uns allgemeine Landesverwaltung nennt. Es muß vor allem die Abzweigung der Schuldeilung von der Bezirksregierung und ebenso die Abzweigung der Verwaltung der direkten Steuern erstrebt werden. Zwecks Vereinfachung des Instanzenweges ist eine Reform des Zuständigkeitsgesetzes vorzunehmen.

Minister **Holle** erwidert, daß er, bevor dieser Gegenstand nicht genügend behandelt sei, nicht mit schöpferischen Ideen vor das Haus treten könne. Auch er erstrebe die Dezentralisation.

Der Antrag Eulenburg wird einstimmig angenommen, der Antrag Hatzfeld wird der Regierung als Material überwiesen. — Das Hebeammengesetz wird nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betr. die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in Hannover. Nach Erledigung einiger Petitionen ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Kleinere Vorlagen.

Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Das neue Sprachengesetz im Budgetausschuß.

In der gestrigen Beratung des Justizetats betonte, wie aus Wien gemeldet wird, Adler die Notwendigkeit eines nationalen Friedens. Das neue Sprachengesetz müßte ermöglichen, daß jeder Angehörige jedes Volkes in seiner Sprache verhört und gerichtet werde. Nemec erklärte, in nationalen Fragen auf dem Standpunkte der tschechischen bürgerlichen Parteien zu stehen. Die Sozialdemokraten werden das Zustandekommen des Sprachengesetzes mit allen Mitteln fördern.

Eine holländische Abteilung von Atchinesen bedrängt.

Die Kämpfe der Holländer im Gebiete der stets kampfbereiten Atchinesen, die seit 1873 eigentlich nie aufhörten und die zu langwierigen und blutigen Kriegen auf der Insel Sumatra führten, bis es dem holländischen General Vetter gelang, Mitte der neunziger Jahre den Häuptling Taku Omar niederzuzwingen, scheinen abermals zu beginnen. Wie der Telegraph aus Amsterdam meldet, traf dort die Nachricht aus Batavia ein, daß eine starke Atchinesen-Abteilung einem holländischen Detachement eine böse Schlappe beigebracht hat. Die Nachricht des „Handelsblad" besagt:

80 Atchinesen griffen eine holländische Abteilung bei Rantau, Gedong und Atchin an. Sechs eingeborene Soldaten wurden getötet, ein Hauptmann und zwölf eingeborene Soldaten wurden verwundet. Der Feind hatte zwei Tote.

Noch immer die Balkanfrage.

In diplomatischen Kreisen Roms nimmt man an, daß auch England schließlich den russischen Vorschlag akzeptieren werde, wodurch eine glückliche Lösung der mazedonischen Frage ermöglicht und jede Gefahr für den Frieden beseitigt werde. Der wesentlichste Punkt für Italien, so äußert das „Giornale d'Italia", sei, daß die österreichisch-russische Vorherrschaft in Mazedonien endgültig beseitigt sei, und alle Signatarmächte des Berliner Vertrages sich im Orient auf dem Fuße völliger Gleichheit befänden. — Der „Corriere della Sera" schreibt, auch wenn England von der russischen Note nichts wissen wollte, würden doch zweifellos die anderen Berliner Signatarmächte die russische Note annehmen. Was den serbischen Eisenbahnvorschlag betreffe, so werde, da die Großmächte dahinter stehen, sich ihm die Pforte nicht auf die Dauer widersetzen können. Die „Stampa" drückt die Befriedigung der italienischen Kreise über die Politik Deutschlands aus. Nachdem das Einvernehmen von Mürzsteg aufgehört habe, biete sich ein neuer Punkt für den Kontakt zwischen Deutschland und Italien, die jedes innerhalb seiner Sphäre für das europäische Konzert im Orient wirken könnten. Auch die „Perseveranza" hofft, daß England nachgeben werde.

Der anti-englische — „Reichsbote".

Das Reutersche Bureau veröffentlicht nach einem Telegramm aus Kapstadt einen Auszug aus einem Artikel des Berliner Reichsboten, der vom Wachsen des deutschen Einflusses in Südafrika als Ergebnis der dortigen Wahlen spricht. Man findet dort, daß eine solche Ansicht nicht nur mit den dortigen Anschauungen nicht übereinstimmt, sondern man erblickt in dem Artikel auch einen Versuch, die anti-englischen Gefühle in Deutschland wachzurufen. — Sodann wird noch aus Kapstadt gemeldet: Die Südafrika-Partei hat bei den Unterhauswahlen bis jetzt einen Platz erobert.

Mehreres aus Brasilien.

Vom Marineministerium ist die Errichtung von Kohlenstationen an den Küsten von Bahia und Rio Grande do Norte beabsichtigt. — Jornal do Commercio greift den Lloyd Brasileiro wegen seines schlechten Dienstes und Vergeudung der Staatssubvention heftig an.

Der Gouverneur von Bahia.

Im Staate Bahia proklamierte nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro die regierungsfreundliche Minderheit des Staatskongresses unter Fernbleiben der oppositionellen Majorität den Regierungskandidaten zum Gouverneur, wogegen die oppositionelle Mehrheit protestierte und beim obersten Bundesgerichtshof appellierte.

Es macht sich in Marokko.

Der Scheich Abd el Kaid Kittani ist mit seiner Mahalla aufgebrochen, um den Schauiakabylen zu Hilfe zu kommen. Sein Bruder Mohammed Kittani bleibt in Mekines, um ihm Verstärkungen nachzusenden.

Die amerikanische Flotte vor Australien.

Der australische Premierminister Deakin teilte dem Bundesparlament zwei vom Londoner Kolonialamt erhaltene Kabelnoten mit. Die erste Note vom 21. März lautet: Die amerikanische Flotte verläßt am 6. Juli San Francisko, segelt über Hawai und Samoa nach Melbourne, wo sie etwa am 1. September eintreffen und sich 10 Tage aufhalten wird, und sodann nach Sydney zu gleichfalls zehntägigem Aufenthalt. Die gestern eingegangene Kabelnote besagt: Die Ankunft der amerikanischen Flotte in Australien wird durch den Besuch in Japan nicht berührt. Die Panzerkreuzer werden den Stillen Ozean nicht kreuzen, aber sämtliche Schlachtschiffe werden wahrscheinlich in zwei Geschwader geteilt, Australien besuchen. Deakin fügte hinzu, daß die Einladung auf Fremantle, Adelaide, Hobarttown und Brisbane ausgedehnt worden sein.

Amerika und China.

Die amerikanische Flotte ist nun auch von China formell zu einem Besuch an der chinesischen Küste eingeladen worden. Man glaubt, daß die Flotte entweder Schanghai oder Tschifu anlaufen wird.

Gerichtsverhandlungen.

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle, den 1. April.

Ein untreuer Offiziersbursche.

Der Kanonier Erler von der 4. Batterie des hiesigen Feldartillerie-Regiments Nr. 75 war im Oktober vorigen Jahres nach bisheriger guter Führung einem Oberleutnant als Bursche zugeteilt worden. Leider unterschlug er in dieser Stellung von allerlei Geldbeträgen, die er beim Bäcker, Fleischer usw. bezahlen sollte, in der Zeit bis zum März d. J. insgesamt 159 Mark. Ein Paar Stiefeln des Oberleutnants, die er zum Schuhmacher tragen sollte, benutzte er für sich selbst und warf sie, als er sie „halb hingerissen" hatte, in den Keller der Wohnung. Nach Entdeckung seiner Unredlichkeiten sollte er sich dem Wachtmeister der Batterie stellen, zog es aber vor, sich im Extrarock aus der Kaserne zu entfernen, bekannte Mädchen aufzusuchen und mit ihnen spazieren zu gehen. Als er in so angenehmer Begleitung von einem ihm nachgesandten Unteroffizier abgefaßt wurde, erklärte er, er habe erst noch einen ihm aufgetragenen Gang zu machen. Er trat darauf in den Laden eines Seilers und kaufte sich einen Strick für 30 Pfennige, um sich aufzuhängen! Das selbstmörderische Instrument wurde ihm aber sehr bald abgenommen. Vor Gericht führte er zur Entschuldigung seiner Unterschlagungen an, er habe deshalb nicht mit seinem Burschenlohn auskommen können, weil der Oberleutnant ihm monatlich nicht den ganzen Betrag ausgehändigt, sondern einen Teil zurückgelegt habe, damit der Bursche nach beendetem Dienst etwas Erspartes mitnehmen könne. Leider war die löbliche Absicht des Leutnants, der diese Mitteilung des Burschen als wahr anerkannte, fehlgeschlagen. Der Anklagevertreter beantragte gegen den unredlichen Offiziersburschen wegen Unterschlagung in vier Fällen, Betrügens eines Vorgesetzten 2c. eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht hielt aber vier Wochen strengen Arrest für ausreichend. Außerdem wurde antragsgemäß auf Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt.

Schöffengericht.

Halle, den 1. April.

Das Schießeisen.

Der 16jährige arbeitsbursche Liebau in Friedrichschwerz hatte dem schwachsinnigen 20jährigen Sohne eines dortigen Invaliden für ganze 10 Pfennige die Taschenuhr „abgekauft". Der Uebervorteilte wurde von seinem Vater zurückgeschickt, um die Uhr wieder zu holen. Da Liebau die Zurückgabe verweigerte, soll der Schwachsinnige ihn mit einem Brette geschlagen haben. Liebau schoß ihn darauf mit einem Terzerol, das er trotz seiner Jugend schon bei sich zu tragen pflegte, in den Hals. Der erheblich Verletzte war drei Wochen arbeitsunfähig und verursachte seinem Vater 35 Mark Kurkosten. Das Schöffengericht bestrafte den jugendlichen Lümmel mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat und sprach dem Vater des Verletzten eine Buße von 50 Mark zu.

Der Herr Rechtskonsulent.

Der bereits vorbestrafte Agent Moritz hier hat sich schon wiederholt als Rechtskonsulent versucht. Vor mehreren Monaten berichteten wir unter der ironischen Spitzmarke: „Ein billiger Anwalt" über eine von Moritz aufgestellte Kostenrechnung, die ihm eine Anklage wegen Betruges eingetragen hatte. Die Strafkammer bezeichnete die Rechnung zwar als „ganz unverschämt hoch", sprach den Angeklagten aber frei. Weniger gut erging es dem Herrn Rechtskonsulenten in einem heute zur Verhandlung stehenden Falle. Er hatte für einen Herrn wieder Rechtsgeschäfte vermittelt und dafür eine Forderung von einigen 40 Mark überreicht, die aber der Herr nicht anerkannte. Als ihm der Betreffende später 70 Mark übergab, um sie einem Rechtsanwalt einzuhändigen, behielt Moritz die Summe für sich. Er hatte das Geld „natürlich nicht" unterschlagen wollen, sondern nur als Sicherheit für seine eigene Forderung zurückbehalten! Das Gericht fand jedoch den Herrn Rechtskonsulenten der ganz gewöhnlichen Unterschlagung schuldig und verurteilte ihn dafür zu einem Monat Gefängnis.

Provinzial-Nachrichten.

Ausschreitungen von Streikenden.

(§) **Zeulenroda**, 1. April. Bei der Firma Homberg u. Külz, Eisen- und Metallgießerei, sind vor einigen Tagen einige unorganisierte Former mit eingestellt worden. Die organisierten Former verlangten die Entlassung dieser Leute und streikten, als dem Verlangen nicht entsprochen wurde. Alsbald wurden sie durch nichtorganisierte Arbeiter ersetzt. Um den Zuzug weiterer Arbeiter fernzuhalten, besetzten organisierte Gehilfen darauf den Bahnhof mit Streikposten. Dabei rempelten sie einzelne Ankommende an, die sie für Arbeitswillige hielten. So war es auch am Sonntag. Der Former Johannes Käpfler aus Leipzig, der infolge eines Todesfalles in seiner Familie nach Leipzig gefahren war, kehrte an diesem Tage mit dem letzten Zuge nach Zeulenroda zurück. Zwei Kollegen holten ihn dort vom Bahnhof ab. Nachdem alle drei, Käpfler mit seinem Fahrrad, den Bahnhof verlassen hatten, wurden sie von etwa 16—20 Mann verfolgt, beschimpft, mit Totschlag bedroht usw. Käpfler wurde niedergeschlagen und schwer mißhandelt. Er ist noch nicht vernehmungsfähig. Die beiden Kollegen des Käpfler gaben schließlich Schreckschüsse ab, und es gelang ihnen, zu fliehen. Freilich mußten sie den Kollegen zurücklassen, der später hilflos aufgefunden und zu einem Arzte gebracht wurde. Er hatte nicht weniger als sechs Stiche in den Kopf erhalten. Festgenommen wurden von der Polizei als der Tat verdächtig der Former Hauser und die Arbeiter Fischer und Solcher aus Zeulenroda.

? **Erfurt**, 31. März. (Städtischer Gartendirektor. — Begehrter Posten.) Als Nachfolger des städtischen Gartendirektors Otto Linne, der nach Essen übergesiedelt ist, wurde der städtische Obergärtner Bromme in Köln zum städtischen Gartendirektor in Erfurt gewählt. — Für die Stelle eines besoldeten juristischen Stadtrats in Erfurt, der jüngst zur Ausschreibung gelangte, haben sich nicht weniger als 147 Bewerber gemeldet.

? **Niederrohla**, 31. März. (Skelettfund.) Bei der Ausschachtung zur Erweiterung eines Kellers in der Buttstädterstraße wurde ein vollständiges Skelett einer weiblichen Person gefunden. Auf welche Weise das Skelett an seinen Fundort gekommen ist, kann natürlich nicht mitgeteilt werden.

† **Erfurt**, 31. März. (Zu der Meldung der unschuldigen Verurteilung) des Schulmädchens Rosa Knöpfel in Gispersleben wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die hiesige Gerichts- und Anklagebehörde mit der vermeintlichen Brandstifterin nichts zu tun hatte. Das damals noch nicht zwölf Jahre alte Mädchen wurde, nachdem es das falsche Geständnis abgelegt hatte, auf Antrag der Verwaltungsbehörde der Zwangserziehung überwiesen. Es sind jedoch bereits Schritte getan, das Mädchen bald auf freien Fuß zu setzen.

† **Erfurt**, 1. April. (Unter dem Verdacht, das Sittlichkeitsverbrechen) am Brühlerhohlweg verübt zu haben, wurde der 28 Jahre alte Fleischergeselle und Roßschlächter Steininger aus Neunsdorf (Kgr. Sachsen) verhaftet. Steininger ist wegen Sittlichkeitsverbrechens mehrfach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080402011/fragment/page=0003

bestraft. Gestern wurde er im Krankenhause dem vergewaltigten Mädchen vorgestellt, das Steiniger bestimmt als den Täter wiedererkennen will.

†† **Mansfeld**, 31. März. (Verhaftung.) Gestern abend wurde durch den Wachtmeister Oehlmann der im Dezember v. J. aus der Strafanstalt Coswig entwichene Fleischer Otto Topp hier festgenommen.

— **Wernigerode**, 31. März. (Zur Wißmann-Statue) hat Professor Götz in der Nähe des Otto-Felsens einen mächtigen Granitfindling ausgewählt. Derselbe hat ein Gewicht von 4—500 Zentnern und wird im Laufe des nächsten Monats mit Fuhrwerk quer durch den Harz nach Lauterberg transportiert.

(.) **Gera**, 31. März. (Unglück beim Spiel.) Dem sechsjährigen Knaben Baumgärtel wurde beim Spielen von einem anderen Knaben ein Auge ausgestochen; das Auge ist vollständig ausgelaufen.

§ **Altenburg**, 31. März. (Erhöhung der Schuhmacherlöhne.) Die hiesige Schuhmacher-Innung gibt bekannt, daß die Lohnbewegung ihrer Gehilfenschaft geregelt und beigelegt ist. Die Meister haben in eine Erhöhung sowohl der Stück- als auch der Zeitlöhne gewilligt und zu ihrer Schadloshaltung die Preise für sämtliche Schuhmacherarbeiten entsprechend erhöht.

)(**Lucka**, 31. März. (Brunnen-Denkmal.) Am 31. Mai d. J., ein Jahr nach der feierlichen Grundsteinlegung, soll die Enthüllung des Brunnen-Denkmals zur Erinnerung an den Sieg bei Lucka stattfinden. Die Modelle dazu sind vom Bildhauer Carl-Leipzig fertig gestellt.

* **Leipzig**, 1. April. (Unglücksfall mit tödlichem Ausgange.) Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Aschewagen, Möbelwagen und Straßenbahnwagen, der heute morgen 8 Uhr an der Ecke der Lützner und Merseburger Straße in Leipzig-Lindenau stattfand, wurde der Besitzer des Aschewagens, der 48 Jahre alte Fuhrwerksbesitzer Karl Franz Beutel, so unglücklich von seinem Wagen geschleudert, daß er an den erlittenen Verletzungen bald nach seiner Einlieferung ins Diakonissenhaus zu Lindenau verstarb.

Kunst und Wissenschaft.

Die Mannheimer Ausstellung ohne Defizit. Durch die Presse ging vor kurzem das Gerücht, daß die Mannheimer Jubiläumsausstellung des vorigen Jahres mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließe, der die Heranziehung der Garantiezeichner erforderlich mache. Diese Nachricht ist völlig unzutreffend. Vielmehr kann nach einer vom Gesamtleiter der Ausstellung, Bürgermeister Ritter, vorgelegten Abrechnung der ganze auf 2 100 000 Mark angewachsene Aufwand des Unternehmens aus dessen eigenen Einnahmen gedeckt werden. Der Mannheimer Stadtrat hat diese Abrechnung vor kurzem einstimmg genehmigt. Somit findet irgendwelche Heranziehung der Garantiezeichner nicht statt.

Ein Max Enth-Brunnen. Im Hofe des Gebäudes der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin wird am 6. Mai das von Professor Herter in Form eines Brunnens geschaffene Denkmal für Max v. Enth, den bedeutenden Ingenieur und Erzähler, enthüllt werden.

Schlendrian im Vatikan. Das „Giornale d'Italia" wendet sich gegen den Vatikan auf Grund einer Beschwerde, die Dr. Johann Wolf im „Kirchenmusikalischen Jahrbuch von Regensburg" veröffentlicht. Wolf forschte im Archiv der Capella Giulia nach einem Kodex von Manuskripten liturgischer Gesänge aus dem Besitz von Leo X. und konstatierte dabei eine erschreckende Verwahrlosung der Manuskriptschätze: „In einem schlecht gegen Staub und Feuchtigkeit geschützten Zimmer fast unter dem Dache von S. Pietro fand ich die wertvollsten Manuskripte in größtem Wirrwar durch- und aufeinander gestapelt. Prachtvolle Choräle waren so von Feuchtigkeit und Schmutz verdorben, daß man kaum in ihnen blättern konnte. So sind z. B. Manuskripte von Messen von Josquin, Verdelot, L'Heretier, Mouton dem Verderben ausgesetzt, ungerechnet eine kostbare Hinterlassenschaft von Pitone, die außer 32 musiktheoretischen Werken 200 Messen, darunter Kompositionen zu 48 Stimmen und 22 Chören, umfaßt. Fast unrettbar verloren liegen in schmutzigen Schränken auch reichminiierte Missalen, Exemplare von ersten Editionen Palestrinas werden wie Abfallpapiere behandelt." Dr. Wolf hofft, daß sein Alarmruf dazu beitragen werde, Remedur zu schaffen.

Ein Bach-Fest in Leipzig. Am 17. Mai (Kantate-Sonntag) soll auf dem Thomaskirchhof zu Leipzig das Seffnersche Denkmal für Johann Sebastian Bach enthüllt werden. Da aus diesem Anlaß mehrere Bach-Konzerte geplant sind, so wird sich die Enthüllungsfeier zu einem großen Bach-Feste gestalten. Am Vorabend sollen in der Thomaskirche zwei Bachsche Kantaten und das Magnifikat aufgeführt werden; der Denkmalsenthüllung am Sonntag vormittag wird ein Festgottesdienst voraufgehen und abends wahrscheinlich im Neuen Theater eine Festvorstellung (Aufführung einer Wagner-Oper) stattfinden. Für Montag, den 18. Mai, ist eine Vormittagskammermusik im großen Saale des Gewandhauses und für den Nachmittag oder Abend desselben Tages eine unverkürzte Aufführung der Matthäus-Passion geplant.

e. **Bühnenchronik.** Wir haben gestern mitgeteilt, daß die Weimarer Hofbühne eine Operette „Schneider Fips" von Viktor Holländer, Text von Hans v. Wentzel zur Aufführung angenommen hat. Die Titelrolle des Werkes wird Julius Liebban, der Tenorbuffo der Berliner Hofoper, singen. — Eleonora Duse eröffnete im Theater an der Wien ihr Gastspiel in „Citta morta". Die Künstlerin spielte im Vollbesitz aller Kräfte und erntete nach allen ihren großen Szenen brausenden Beifall. Sie wird in Wien noch eine ganze Woche spielen. — Geraldine Farrar wurde vom Kaiser zur Königlich Preuß. Kammersängerin ernannt. — Marie Goetze wurde gleichfalls zur Kammersängerin ernannt. — „Not kennt kein Gebot", ein Volksstück in drei Akten von R. C. Jenny, hatte bei seiner Erstaufführung im Münchener Volkstheater einen durchschlagenden Erfolg mit ungezählten begeisterten Hervorrufen des Autors. — Das dreiaktige Schauspiel „Vergeltung", von Strahl-Wiesbaden, wurde bei der Uraufführung in Magdeburg mit großem Beifall aufgenommen. — Im fürstlichen Theater zu Gera gelangte „Perrichons Reise", Schwank von Eugène Labiche, der 1888 in Paris starb, zur Aufführung. Ueber einen Sonntagserfolg kam es nicht hinaus. — Die Kammerspiele des Deutschen Theaters in Berlin brachten zwei ganz heterogene Sachen, ein Stück versifizierter Poesie und eine „Alltagstragödie" in moderner Prosa-Realisik: „Hugo von Hofmannsthal mit dem dramatischen Bild „Tor und Tod" und „Nju" von Ossip Dymon.

s. **Kleine Mitteilungen.** Vor einigen Tagen wurde im Resselpark in Wien mit der Legung des Marmorsockels zur Aufstellung des Johannes-Brahms Denkmals begonnen, dessen Schöpfer Professor Rudolf Weyr ist. Die Figur Brahms ist sitzend überlebensgroß dargestellt. Die Enthüllung soll im Mai erfolgen.

— **Der bekannte Architekt Professor Alfred Messel**, der bekanntlich im verflossenen Jahre vom Kaiser zum Architekten der königlichen Museen ernannt worden ist, hat infolge einer Erkältung einen Influenzaanfall erlitten und muß das Bett hüten. Wie das „B. T." erfährt, ist aber im Befinden des Patienten eine Besserung eingetreten, so daß Messel demnächst seine Tätigkeit wieder wird aufnehmen können. — Der Aufsichtsrat der schweizerischen Schillerstiftung hat Alfred Huggenberger, dem Verfasser von „Hinterm Pflug" eine Ehrengabe von 2000 Frcs. übereicht. — Die Kölner Blumenspiele werden auch nach dem Tode Johannes Fastenraths fortdauern und in diesem Jahre, wie stets, am 1. Mai stattfinden. Diesmal wird eine Gedenkfeier für den Gründer mit ihnen verbunden sein. — In Timgad wurde, wie M. Ballu, erster Architekt der historischen Baudenkmäler Algeriens, mitteilt, in einem Hause der sogenannten Trajaas-Stadt ein höchst bedeutsamer Fund gemacht: man fand ein wundervoll erhaltenes byzantinisches Mosaik von 5 Meter Länge und 3 Meter Breite, das Venus Anadyomene mit Triton und Nereide darstellt. — Das Rembrandt-Haus in Amsterdam, das in der Jodenbreestraat gelegen und 1906 in den Besitz der Stadt übergegangen ist, soll nun endlich nach einer Mitteilung der Kunstchronik vor der gänzlichen Verwahrlosung geschützt werden. In nächster Zeit wird man mit den Restaurationsarbeiten im Innern und Aeußern beginnen. Eine offene Frage ist noch, wozu die Räumlichkeiten des Hauses verwandt werden sollen. — Der 16. internationale Amerikanisten-Kongreß wird vom 9. bis 14. September in Wien abgehalten werden. — Aus Anlaß des Todes ihres Chefredakteurs Pascal David ging der Redaktion der „Straßburger Post" folgendes Beileidstelegramm des Reichskanzlers Fürsten Bülow zu: „Der „Straßburger Post" spreche ich meine herzliche Teilnahme zum Heimgange ihres hochgeehrten Chefredakteurs Pascal David aus. Die deutsche Sache im Reichslande hat einen bewährten Vorkämpfer verloren. Sein Geist wird, so vertraue ich, fortwirken in der Redaktion, die er so lange mit Ehren geführt hat! Reichskanzler Fürst von Bülow."

Vermischtes.

„Dienstbotennot" in alter Zeit.

In diesen Tagen des großen Dienstbotenwechsels wird es den Hausfrauen, die über die „Dienstbotennot" zu klagen haben, tröstlich sein, zu erfahren, daß schon vor vierhundert Jahren Klagen über Dienstmädchen nichts so etwas Ungewöhnliches waren. Lesen wir doch schon in Hans Sachsens geschwätziger Rockenstube die Rede einer klagenden Frau:

„Dazu so hab ich auch ein Maid (Magd),
Die tut mir ein solch Herzeleid.
Sie ist unlustig mit dem Kochen.
Alles verwahrlost und zerbrochen,
Und unhäuslich mit allen Dingen,
Niemand kann aus dem Bett sie bringen."

Aber auch früher schon, im 14. und 15. Jahrhundert, gehörte das Dienstmädchenmieten nicht gerade zu den besonderen Annehmlichkeiten des Hausfrauendaseins. Die etwaige Erleichterung durch eine ins Blatt gesetzte Annonce war bei dem Mangel an Zeitungen nicht möglich. Man mußte sich schon an die Gesindevermieterinnen wenden, denn dieser Beruf ist nicht etwa in der Neuzeit erst aufgekommen. Aus den Mitteilungen des Vereins für Geschichte Nürnbergs ersehen wir z. B., daß dort gegen die amtlich konzessionierten „Zubringerinnen" häufig Strafandrohungen erfolgen mußten: man wollte ihnen die Konzessionen entziehen, falls sie „ungerecht befunden würden" und „der Gebühr dazu strafen", „wo sie sich nicht redlich halten, wolle man sie am Leib strafen". Aber die Androhungen scheinen wenig gefruchtet zu haben; die angesetzten Taxen wurden häufig überschritten, ja damals schon hetzten die „Zubringerinnen" unter Versprechung einer besseren Stelle die Dienstboten selbst auf, den durch sie vermittelten Dienst wieder zu verlassen. Aber haben wir mit der Kehrseite der Medaille angefangen, so wollen wir doch nicht versäumen, mitzuteilen, daß es auch im 16. Jahrhundert vorkam, daß „ein Dienstmädchen 21 Jahre getreulich gedienet, sich ehrlich und redlich, wie einer frommen Dirn und Jungfrau wohl anstehet, in solchen Dienst gehalten und auch zum Handwerk gehalten hat".

Das Pfandhaus für Automobile. Die Pläne des verkrachten Finanzphantasten Friedberg streiften bisweilen das Bizarre. In der vorgestrigen außerordentlichen Generalversammlung der Berliner Automobilzentrale teilte der Rechtsanwalt Behrendt auch etwas von den Plänen des verschollenen „Bankiers" seinen Zuhörern mit. Friedberg wollte der Automobilzentrale, die ein Institut für die Aufbewahrung von Automobilen ist, eine, wie es euphemistisch genannt wurde, Lombardierungsstelle für Automobile angliedern. Friedberg rechnete damit, daß viele Leute, die Automobile besitzen, diese auf die Dauer nicht halten können, oder, daß sie sonst in Not geraten und gezwungen sind, sich eines Teiles ihres Besitzes auf eine Zeitlang durch Verpfändung zu entledigen. Diesen Leuten wollte er die Automobile beleihen, in der stillen Hoffnung, daß hier und da eine der Benzinkarossen ihm verfallen würde. Das wäre dann ein guter Fang für billiges Geld gewesen. Um dem Pfandhaus für Automobile möglichst viele Liebhaber zu werben, wollte er das Versetzen der Automobile beaueem und diskret ermöglichen. Diejenigen Verpfänder von Automobilen, die nicht zeigen durften, daß sie kein Automobil mehr besaßen, sollten auf Telephonanruf für billiges Geld ihr eigenes Automobil auf Zeit wieder zur Verfügung gestellt bekommen. Später sollte das Vehikel wieder in seine Gefangenschaft zurückkehren. Auf zweierlei baute Friedberg also diesen Plan auf: einmal rechnete er mit der Insolvenz seiner zukünftigen Kunden, dann aber wollte er noch, und das übersteigt die Geschäftspraxis der gewöhnlichen Pfandhäuser, außer aus dem Pfandgelde, noch aus dem Verleihen des Pfandes selbst Geld ziehen. Daß dieser Plan, so originell er ist, nicht verwirklicht wurde, kann man ein Glück nennen. Bekannt ist, daß ein hoher Prozentsatz der Berliner Automobile auf Kredit gekauft ist, und daß daher zum Teil die Misere der Automobilindustrie stammt. Ein Pfandhaus für Automobile hätte manchen Leichtsinnigen dazu angereizt, Automobile auf Kredit zu nehmen, um später wieder Pfandkredit durch dieselben Automobile zu erhalten. Die Folge wäre einerseits eine Unterstützung des Leichtsinns, zum Teil vielleicht des Betruges andererseits eine neue Schädigung der Automobilindustrie gewesen.

Ein Herzog als Hotelbesitzer. Der Herzog Karl Theodor von Bayern erwarb das zwangsweise versteigerte bekannte Hotel „Guggemos" am Tegernsee für 209 510 Mark.

Hochzeit am Zarenhofe. Die Trauung der Großfürstin Maria Pawlowna von Rußland, der Tochter des Großfürsten Paul, mit dem Prinzen Wilhelm von Schweden findet Ende des Monats in der Kirche des großen Palais von Zarskoje Selo statt. Zur Trauung wird der Besuch der Könige von Schweden, Dänemark und Norwegen erwartet. Prinz Wilhelm von Schweden trifft in der Osterwoche in Petersburg ein und wird im Winterpalais Wohnung nehmen.

Der Fluch des Goldes. In Mesola (Bologna) wurden beim Ackern über tausend Dukaten mit dem Wappenbild des Herzogs Herkules I. von Ferrara aufgefunden. In der Nacht darauf kamen Gutsnachbarn, um gleichfalls nach Schätzen zu graben. Die Gutsbesitzer, denen der Acker gehörte, gaben Flintenschüsse auf die Schatzsucher ab, die gleichfalls mit Gewehrkugeln antworteten. Schließlich wurde ein Bruder des glücklichen Finders in den Hals geschossen.

Drei Millionen Pesetas unterschlagen. Auch Spanien hat jetzt seine große Betrugsaffäre. In der Depositenkasse des Finanzministeriums sind kolossale Unterschlagungen entdeckt worden. Ein Beamter Zavala, ein bekannter Madrider Lebemann, soll sich durch gefälschte Vollmachten in den Besitz von über drei Millionen Pesetas gesetzt haben. Zavala ist seit vierzehn Tagen, Urlaub vorschützend, verschwunden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Der Kaiser im Mittelmeer.

Syrakus, 1. April. Die „Hohenzollern" und die „Hamburg" liefen um 3 Uhr nachmittags im Hafen von Syrakus ein. Am Montag hatten die deutschen Schiffe eine prächtige Fahrt durch die Adria. Mit Sonnenuntergang kehrte die italienische Torpedodivision nach Venedig zurück. Am Dienstag gegen morgen mußte die Ferruccio wegen Havarie zurückbleiben. Nachdem die „Hohenzollern" und die „Hamburg" im Hafen von Syrakus vor Anker gegangen waren, empfing der Kaiser an Bord den deutschen Konsul Marquis Bonanno, den dem deutschen Konsul attachierten Ingenieur Groll und den Hafenkapitän Fregattenkapitän Bonetti; ferner nahm der Kaiser die Meldung des zum Fregattenkapitän beförderten Kommandanten der „Hamburg", Ritters von Mann, entgegen. Die Stadt ist beflaggt. Beim Einlauf der deutschen Schiffe spielte die Kapelle am Ufer die deutsche Nationalhymne.

Syrakus, 1. April. Um 5 Uhr nachmittags geht die Kaiserin mit der Prinzessin Viktoria Luise an Land. Sie besuchen die Katakomben und das griechische Theater.

Der Kaiser an Tirpitz.

Syrakus, 1. April. Der Kaiser richtete gestern aus Otranto folgendes Telegramm an den Staatssekretär von Tirpitz in Berlin:

„Ihre Meldung über die Annahme des Marineetats hat Mich hoch erfreut, ist doch hiermit ein sehr wichtiger Abschnitt im Ausbau der Marine erreicht worden. Das Bewußtsein des errungenen Erfolges im Dienst des Vaterlandes wird Ihnen und Ihren Mitarbeitern der beste Lohn für alles Mühen und Sorgen sein. Es ist mir aber ein persönliches Bedürfnis, Meiner dankbaren Anerkennung Ihrer Verdienste sichtbaren Ausdruck zu geben, und Ich habe deshalb beschlossen, Sie aus besonderem Vertrauen in das preußische Herrenhaus zu berufen. Indem Ich Ihnen dies mitteile, ersuche Ich Sie, Mir Vorschläge zur Auszeichnung für Ihre Mitarbeiter einzureichen.

Wilhelm I. R.

Reichstagsstichwahl.

Emden, 1. April. Fegter (freis. Ver.) erhielt 12 687 Stimmen, Grönewald (deutsch-soz.) 9015 Stimmen. Der erstere ist somit gewählt.

Ein koloniales Institut in Hamburg.

Hamburg, 1. April. Die Bürgerschaft genehmigte in ihrer heutigen Sitzung gemäß dem Antrage des Senats die Einrichtung eines kolonialen Instituts in Hamburg im Anschluß an die wissenschaftliche Anstalt und das Vorlesungswesen, nach dem Abkommen des Senats mit dem Reichskolonialamt, und bewilligte die erforderlichen einmaligen und laufenden Mittel. Das Institut soll zur Ausbildung von jährlich 20 Kolonialbeamten dienen.

Ein Aprilscherz.

Berlin, 1. April. Das Wolffsche Telegraphenbureau berichtet: Der in der Halbmonatsschrift „März" (Heft 7) wiedergegebene angebliche Text des Briefwechsels zwischen Kaiser Wilhelm und Lord Tweedmouth wird uns als ein Aprilscherz bezeichnet. (Selbst bei oberflächlicher Lektüre mußte man sich sofort darüber klar sein, daß der Inhalt der beiden Briefe frei erfunden ist. Eine besondere Aufklärung erscheint daher überflüssig. Red.)

Britisches Unterhaus.

London, 1. April. Auf eine Anfrage erwiderte der Finanzsekretär Runciman, die englische Regierung beabsichtige nicht, der persischen Regierung einen Vorschlag zu machen, der darauf hinausläuft, bestehende Einrichtungen unnötigerweise dadurch zu stören, daß im persischen Zolldienst Engländern der Vorrang gewährt werde. Ferner erklärte der Redner, daß die Regierung keine Mitteilung erhalten habe, daß die persische Regierung beabsichtige, die im Zolldienst beschäftigten Belgier durch Deutsche zu ersetzen, daß aber von der deutschen Regierung mitgeteilt worden sei, sie wünsche keine Aenderung der Nationalität der Zollbeamten.

Russische Note an Großbritannien.

London, 1. April. Dem Reuterschen Bureau zufolge übermittelte der russische Botschafter Graf Benckendorff dem Staatssekretär Grey eine Note, die die russischen Vorschläge betr. Mazedonien enthält. Es finde ein Meinungsaustausch statt, der zur Ausarbeitung eines Uebereinkommens beider Länder miteinander verschmilzt.

Verschollenes Schiff.

Paris, 1. April. Der den Missionaren des hl. Geistordens gehörige Kutter „St. Josef", mit dem Bischof Künemann und 5 Mann Besatzung und 2 Eingeborenen an Bord, der von Agazobil nach Dakar abgesegelt war, ist seit 20. März verschollen.

Paris, 1. April. Präsident Fallières und der Prinz von Wales tauschen heute Besuche aus.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für den Inseratenteil: Max Knesebeck; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080402011/fragment/page=0004

Berliner Börse, 1. April 1908

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeuten: 1 J. Jan. | 1 F. Feb. | 1 M. März | 1 A. April | 1 Mai | 1 Juni | 1 Juli | 1 Aug. | 1 S. Sept. | 1 O. Oct. | 1 N. Nov. | 1 D. Dez. | 1.2.8. | 1.5.11. | 1.3.9. | 1.4.10. | 1.5.11. | 1.6.12. | 15.3.9. | 15.4.10. | 15.5.11. | 15.6.12. | 1.7.10. | 1.8.11. | 1.9.12. | 1.10.10. | 1.11.11. | 1.12.12. | quartallich 1.1.4.7.10. | do. 1.2.5.8.11. | do. 1.3.6.9.12.

Berechnungssätze: 1 Fr., Lira, Lei, Peseta = 80 Pf. — Dust. 1 fl. Gold = 2 M., Wthr.: 1,70, 1 Kr. = 0,85. — 1 fl. südd.: 1,2. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold Rbl.: 3,20. — 1 Pass: 4. — 1 Lstr.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5½%, Lombar. Zinsfuss 6½%, Privatdiskont 4⅝%. Reichsbank verk.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Bl. Rchs. Schatz v. 1912	4	3%	100.00
fall. 1.7.08	4	3%	99.75
fall. 1.10.08	4	3%	99.60
fall. 1.4.09	4	3%	99.60
Pr. Schatz 12	4	4	100.10
Bl. Rchs.-Anl. v. 1908	4	3%	91.90
Pr. Anl.	3½	3	92.00
Pros. ex. Anl.	3½	3	92.00
do. do.	3	2	82.10
Bad. Str. A. 11	4	3	100.20
do. 1902	4	3%	—
Bayer. Anl.	4	4	100.00
do. u. 15	4	4	100.40
do. 1900	4	4	100.00
do. Eisb. D.	3	—	—
Braunschl. Schatz	4	4	100.70
Brem. Anl. 99	3½	3	90.40
do. 05u.15	3½	3	90.40
do. 96	3	—	—
Cassel Lder.	3½	3	90.25
do. XXI. u. 17	3½	3	—
do. XXII. u. 14	3½	3	—
Hambg. St. B.	3½	3	92.90
do. 1907	4	4	99.70
do. am. 1900	4	4	—
do. 93.99	3½	3	—
do. 86.87.02	3½	3	82.00
Hessen 09	4	4	98.80
do. 93.00	3½	3	90.50
do. 96.03-05	3½	3	80.50
Lüb. St. A. 06	4	—	—
do. 09	4	3½	89.90
do. 05. 85	3	—	—
Mekl. FSchAnl.	4	4	—
do. cs. A. 86	4	3½	91.70
do. do. 90/94	4	3½	91.70
Old. Stat. v. 03	4	—	—
do. do. v. 96	3	—	—
Sachs. G. Stat.	4	—	—
Sachs. W. Ldr.	4	—	—
Sächs. Stat. f.	3	—	—
Brandb. Prov.	4	3½	99.75
Hann. Pr. I.	4	3½	92.10
do. VII.	4	—	—
Ostpr. Pr. Obl.	4	4	98.50
do. 09	4	3½	88.00
Pomm. Pr. Anl.	4	3½	—
do. VI. VII.	4	3½	—
Posen. Pr. Anl.	4	3½	88.80
do. do.	3	3	80.00
Rhpr. XX. XXI.	4	3½	91.00
do. XXII. XXIII.	4	3½	95.00
do. XXX.	3,5	3	93.75
XXIV-XXVII	4	3½	90.50
do. XXVIII 16	4	3½	90.50
do. XIX. u. 09	4	3½	91.00
do. XVIII	4	3½	87.60
do. IX. XI. 10	4	3½	92.00
Westf. Prov.	4	3½	99.10
do. a. 15. 16	4	3½	99.25
do. ok. 09	4	3½	95.50
do. II. III. 11	4	3½	90.50
do. ok. 15	4	3½	90.50
do. II.	3	3	82.50
Westpr. Prov.	4	—	—
do. do.	3½	3½	—

Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen.

Aachen RM 21	4	—	—
Kl. DWbl. 1907	4	4	98.10
Aachen. 93	4	3½	—
do. 1902	4	4	98.00
Altenbg. Lit.	4	—	—
Altona	4	3½	90.75
Apolda 95	4	3½	91.25
Augsburg	4	3½	91.00
do. 06	4	3½	97.00
Barmen 99	4	4	98.00
do. 01	4	3½	90.25
Berlin 75/77	4	3½	99.00
do. 82. 98	3½	3½	92.00
do. 1904	4	3½	91.70
do. St. Spn.	4	—	—
do. do. 1902	4	3½	89.00
Bielefeld	4	4	98.25
Bonn	4	3½	82.50
do. 01/02	4	3½	92.90
Brandenb 10	4	4	97.90
Breslau 91	4	3½	91.20
Bromberg 02	4	4	97.60
Burg ank. 10	4	—	—
Charl. 89/99	4	4	99.40
do. 95 uk. 11	4	4	99.50
do. 07 uk. 17	4	4	99.60
do. 95/99, 02	4	3½	91.10
Cöln	4	3½	91.50
do. 1900	4	—	—
do. 06. 11	4	4	99.90
Cöpenick	4	4	98.00
Cöth. 80/83	4	3½	—
Cref. 00u.05	4	3½	90.00
Danzig	4	3½	90.00
Dessau 96	4	3½	—
Dt.-Eylau 07	4	4	97.40
Dt. Wilmersdf.	4	4	99.00
Dortmund	4	3½	93.00
do. 12	4	4	97.90
Dresden	4	4	99.00
do. 1893	4	3½	91.20
do. 1905	4	3½	91.20
Düsseldrf 99	4	4	98.00
do. 88/1900	4	3½	90.10
Duisburg 99	4	4	—
do. 02. 06	4	4	—
do. 1902	4	3½	—
Eisenach 99	4	4	99.00
Elberfeld 89	4	3½	—
do. 1899	4	4	—
Erfurt 92	4	3½	—
do. 93 01	4	3½	—
Essen 79/01	4	3½	93.00
Frankfurt 01	4	3½	—
do. 04	4	4	100.00
Freibg. i. B. 03	4	3½	90.10
do. 12	4	4	97.70
Fürstenwld.	4	3½	90.00
Glauchau 94	4	3½	91.00
Görlitz 190.	4	4	98.20
do. do. 12	4	4	91.00
Halberst. 97	4	3½	91.00
Halle 86/92	4	3½	91.60
do. do.	4	4	97.80
Hamm 03	4	4	90.50
Hannover 95	4	3½	92.60
Heidelberg 03	4	3½	90.60
Hildesheim	4	3½	92.10
Jena 1900	4	4	—
Kaiserslaut.	4	4	97.50
Karlsruhe cv	4	3½	—
do. 12	4	4	—
do. 85/89	4	3	87.70
Kiel 89/98	4	3½	91.75
do. 1904	4	4	98.00
Königsbg. 03	4	4	98.00
Leer i. O.	4	3½	90.10
Liebtbg. 0.00	4	4	98.00
Ludwigsh. 89	4	3½	90.00
do. 12	4	4	90.60
Magdeburg	4	3½	92.30
do. 91 uc. 10	4	4	99.00
do. 06 uc. 11	4	4	98.00
do. 02 uc. 17	4	4	99.00
Mainzer 10	4	4	97.75
do. 1916	4	4	98.00
Mannh 190.	4	4	98.00
Marsebg. 01	4	4	98.50
Mind. 95/02	4	3½	—
Mülheim 03	4	4	91.00
München 94	4	3½	91.00
do. 1900/01	4	4	98.25
Münster 07	4	3½	93.00
Nürnb 99/01	4	3½	90.00
do. 1896/98	4	3½	90.60
Peine	4	3½	90.25
Pirmasens	4	3½	90.25
Plauen 1903	4	3½	91.90
do. uk. 13	4	—	—
Posen 94/03	4	3½	90.00
do. 05 uc. 12	4	3½	91.00
Potsdam 02	4	3½	91.00
Rostock	4	3½	90.50
Schön. 04 11	4	3½	90.50
do. 96/01	4	3½	90.90
do. 04 1	4	3½	90.70
Schwerin i. M.	4	3½	91.50
Spandau 91	4	4	98.50
Spandau 95	4	3½	92.50
Stargard i. P.	4	3½	—
Stendal 01	4	3½	—
do. 12	4	4	—
Stettin	4	3½	90.75
do. 1904	4	3½	90.00
Tellow. Kreis	4	3½	98.75
do. do.	4	4	—
Thero Ot 11	4	4	—
Weimar	4	3½	92.00
Wiesb 73 83	4	3½	—
Worms 01	4	3½	—
Zerbst 05 11	4	3½	90.60

Preussische Pfandbriefe.

Berlin. Pfdb.	4	3½	105.80
do. do.	4	4	106.50
do. do.	4	4	102.00
do. do.	3½	3½	94.00
do. neue	4	4	98.90
do. do.	3½	3½	91.80
do. do.	3	3	81.80
Landschaftl.			
do. do.	4	4	—
do. do.	3½	3½	90.25
do. do.	3	3	80.60
Nur-u. Neumk.			
do. alte	3½	3½	95.00
do. Comm. O.	4	4	—
do. do.	4	4	98.75
do. do.	3½	3½	100.90
do. do.	3½	3½	90.25
do. do.	3	3	80.10
do. neue	4	4	98.70
do. do.	3½	3½	91.40
do. Lit. B.	4	4	97.80
do. Lit. A.	3½	3½	91.80
do. Lit. C.	3½	3½	90.40
Sächsische			
do.	4	4	—
do.	3½	3½	92.25
do.	3	3	98.25
do. neue	3½	3½	93.00
Schles. allld.	4	4	98.75
do. ritschl. L.	4	4	—
do.	3½	3½	92.20
do. do.	3	3	84.25
do. do. L. C.	4	4	98.75
do. do.	3½	3½	92.20
do. do.	3	3	84.25
do. do. L. B.	4	4	98.75
do. do.	3½	3½	92.25
do. do.	3	3	83.25
Schl. Hlst. L. C.	4	4	98.60
do. do.	3½	3½	89.40
Westf. Landsch.	4	4	98.20
do.	3½	3½	89.80
Hess. Ldr.	3½	3½	89.80
Hess. XIII u.	4	4	99.70
do. XIV. XV.	4	4	99.70
do. I-XI.	4	4	99.70
do. C. Ob. V. VI	4	4	99.50
do. I-VI u.	3½	3½	91.70
Oldb. st. Crd.	4	4	99.50
do. do.	3½	3½	92.80
Sachsen Ld.	4	4	99.50
do. Gothaer Ld.	4	3½	92.00
do. LwPfX XIII	4	4	99.75
do. do. XIV	3½	3½	92.50
do. do. XVI u.	4	4	99.75
do. do. XXV	3½	3½	92.50

Renten-Briefe.

Hannoversch.	4	4	99.30
do.	3½	3½	—
Hessen Nassau	4	4	99.30
do.	3½	—	—
Nur.-u. Neumk.	4	4	99.80
do.	3½	3½	91.100
Pommersch.	4	4	99.80
do.	3½	3½	95.40
Posensche	4	4	99.80
do.	3½	3½	91.25
Preussische	4	4	95.30
do.	3½	3½	91.10
Rhein-Westf	4	4	99.80
do.	3½	3½	91.00
Sachsische	4	4	99.30
Schlesische	4	4	99.60
do.	3½	3½	91.75
Schlesw Hlst	4	4	99.40
do.	3½	3½	91.00

Deutsche Loose.

Augsbg. 7 Gl.	—	—	—
Bad. Pr. A. 67 b	4	—	98.00
Braschw. 20 Tl.	—	fre.	178.00
Cöln Mp. Pr. A	3	3½	135.00
Hamb. 50 T. L.	3	3½	156.00
Lübeck. do.	4	3½	156.00
Meinn. 7 Gl. L.	—	fre.	32.10
Mailand 40 Tl.	3	—	38.50
O. Ostaf Schw.	3	3½	92.10
Ostaf. Eisb. A.	3	3	97.00

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Arg. Eisb. 90	4	5	99.00
do. Anl. v. 87	4	—	—
do. Anl. 1000	4	5	—
do. Inn. 4000 M	4	4½	95.60
do. 400 M.	4	4½	95.90
do. Aus 100	4	4½	93.40
do. Eis. 88/90	4	4½	95.50
Bosnische Anl.	4	4	—
do. v. 98 u. 05	4	—	—
Brasilianer	4	4	99.10
Bulg. St. A. 92	4	—	—
do. mittlere	4	6	102.00
Chile Gold A.	4	—	—
do. 408 M.	4	4½	90.00
do. v. 1906	4	4½	85.70
Chin. Anl. v. 95	4	—	—
do. v. 96	4	5	105.00
do. v. 96	4	5	100.50
do. kleine	4	5	100.50
do. v. 98	4	4½	95.10
do. kleine	4	4½	95.10
Egypt. Lagar.	4	—	—
do. Daira A.	4	—	—
Finnland. Lose	3	—	—
Freib. 15 Fr.	—	fre.	37.90
Griech. 81/84	4	1,6	40.60
do. Gold	4	1,3	38.10
Italienische	5	4	99.60
do. Pr. A.	4	4	98.10
Kursk-Kiew	5	5	—
Warsch.-W.	7	0	105.40
Amst.-Rotterd.	4	—	—
Anatol. voll	4	5	—
do. 50%	4	5	—
Balkan. Obligat.	7	6	82.25
Bulg. Tabak	7	6	152.20
Gothardbahn	4	4	—
Meridional	4	3	—
Mittelmeer	4	3	—
Nat. Pr. Anl.	4	4	119.25
Sard. Second.	7	5½	—
Schantung	4	4	101.25
West-Sicil.	5	0	71.75

Strassen- u. Kleinbahnen

Aach. Kleinbn.	7	—	142.60
Allgd. Dtsch.	4	4	102.00
do. Loc. u. Str.	7	8	144.00
Barm. Eisb. St.	5	5	100.25
Berl. Dort. St.	5	—	—
Bocn. Ges. St.	7	—	—
Braunschw.	5	5½	—
Brest. Eis. Str.	6	—	—
Brl. Stadtbahn	6	—	—
Crefeld. Str.	7	7½	—
Danz. Strssb.	7	6½	—
Dt. Eisb. B. 3.	4	5	104.50
Elekt. Hochb.	4	5	123.30
Erfurt. el. Str.	7	—	—
Gr. Berl. Str.	8	8	172.75
Hamb. Hochb.	4	4½	99.50
do. Strassen.	4	5	180.25
Hann. St. V. A.	2	2	71.40
Kagos. St. V.	7	7	250.00
Magdeb. Str.	7	8½	160.50
Mannhm. Bnd.	7	7½	107.75
Mülh. Stadtb.	7	7½	98.50
Posener Str.	8	8	157.50
Rostocker Str.	7	7½	145.00
do. do. V.-A.	7	7	144.75
Stettin. Str.	7	7½	114.50
Ver. E. B. V. A.	4	—	—
Westf. Eisb. St.	4	5	58.60
Würzb. Str.	4	6	112.25

Schiffahrts-Aktien

Argo. Dampf.	4	—	65.00
D. Ausstr. Dpf.	4	—	—
Hmb. Am. Pak.	6	—	112.80
Hansa Dmpf.	4	—	—
Kopenh. Dpf.	4	—	84.75
Nordd. Lloyd	4	—	99.25
Neue Stettl. D.	4	—	52.00
Schl. Dpf Co.	4	—	71.50
Ostsee Saale	8	—	130.10

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Brsch. Lüss.	4	—	—
Braunschw. 90er	4	3½	—
Halle-Hettst.	4	—	—
Halle Sorb.	4	—	—
do. 1895 03	4	3½	89.50
Nordh. Wrn. E.	4	—	—
Zschopf. Frankt.	4	—	—
Böhm. Nrdb.	4	—	96.10
Dux Bodenb.	4	—	—
do. Mark.	4	—	—
do. Silb. Pr.	4	—	—
Dux Rd. Kr. Pr.	4	—	—
Dux-Prag. G.	4	—	76.50
Elis. Kl. Stat.	4	—	98.25
Frz. Jos. Bahn	4	—	85.60
Gal. Crl. w. 90	4	—	—
Kasch. O. Gld.	4	—	96.80
do. Schl. 89	4	—	96.25
Kronp. Rudb.	4	—	150.20
do. (Salzkg.)	4	—	93.60
Lem. Crn. str.	4	—	93.50
Oest. U. St. ab.	4	—	—
do. 1885	4	—	93.75
do. Ergänzg.	4	—	83.80
do. 1886	4	—	—
do. I. II.	4	—	328.70
do. Gold	4	—	—
Tosl-Ob. Gld.	4	—	—
do. Nordwest	4	—	—
do. L. A. 1903	4	—	—
do. do. Gold	4	—	—
do. do. Eisb.	4	—	—
Raab Oedb. Gld.	4	—	74.50
Reichn. P. Stb.	4	—	—
Siebbenb. (Lb.)	4	2,6	83.20
Stadtb. (Lb.)	4	2,6	103.90
do. do.	4	—	—
Ung. Lokalb.	5	4	93.50
Ivang. Domb.	4	4½	89.30
Kursk-Kiew	4	4½	89.70
von 1889	4	4	79.10
Moso.-Jar. B.	4	4	79.10
Moscs Kursk	4	4	73.50
Moscs Sm.	4	4	73.30
Nicolai Bahn	4	4	83.50
do. kleine	4	4	83.00
Orel-Griazy	4	4	83.50
Süd-Westb.	4	4	80.00
Transkaukas. K.	4	3	68.00
Koslow-Wor.	4	4	79.20
Kursk-Kiew	4	4	85.50
Lodz. For. Eis.	4	—	—
Mosco-Kas.	4	4	80.75
do. Kiew Wor.	4	4	80.80
do. Ryb. Bol.	4	4	80.80
do. Wind. Ryb.	4	4	79.00
Rjasan-Kozlf.	4	4	81.50
Rjaz.-Ural.	4	4	79.50
do. 97 unk 08	4	4	79.00
Ryainsk gar.	4	4	79.00
Süd-Ost 98	4	4	78.90
Tambow.	4	4	79.00
do. gar. 01	4	4	78.90
Wsch. W. 10r	4	—	—
do. do. X. 11/12	4	—	—
Zarskoe Selo	4	5	80.70
Ar. Eis. 2004	4	5	101.30
do. kleine	4	5	103.90
Gr. Erg. Netz	4	5	101.25
Eg. Ken. Ass.	4	—	—
Gotthard	4	4	94.25
It. Obl. st. gar.	4	2,4	70.30
Ital. Mittelm.	4	—	—
Livorno in L.	4	2,4	—
Macedon. S.	4	3	63.30
Mailand-Erg.	4	3	65.80
Portug 1886	4	3	78.75
do. 89 abg.	1,4	—	—
do. 1893	4	—	—
Sard. Oblig.	4	—	101.25
Sud-Ital. B.	4	2,4	69.90
Ctr. Pacif. 49	4	—	—
do. 1903	4	—	—
Chic. Burl. 27	4	—	—
do. Rock Isld	4	—	84.75
Dolor. S. Rthw	4	—	75.80
Illinois Cent.	4	—	—
North Pac. Pri.	4	—	—
do. Gen. Gr.	3	—	—
Oreg. R. Nav.	4	—	—
Pensylvania	3	—	—
South Pac 55	4	—	—
St. Louis Sfr.	4	—	—
do. III. Iss. B.	4	—	—
Tehuant. G. A.	5	—	100.40

Deutsche Hypoth. Pfandb.

Berl. Hyp. Bk.	4½	4	95.40
do. V. u. VI.	4½	4	95.40
do. do.	4	3	81.00
do. do.	3½	3	89.50
do. a. 1910	4	4	98.00
do. I. II. a. 14	4	4	97.50
do. III. IV. 15	4	4	97.50
Savrthyp. w. V	3½	3½	91.50
Grtz. XVI. XVII	4	4	97.30
do. X. XI.	4	3½	93.40
II-IX. XII-XIX	4	3½	90.25
do. XX. XXI.	4	3½	90.25
do. XXI. XXII.	4	4	97.30
do. XXIII. 15	4	4	98.00
Dt. Hpb. IV-VI	4	4	97.50
do. V. 5. 6. 8	4	4	101.50
do. do. cv.	4	4	—
do. VII. X.	4	4	96.50
do. XI. XII. 10	4	4	97.50
do. XIII. u. 13	4	4	93.00
do. XIV. u. 14	4	4	97.50
do. XV. XVI.	4	4	98.00
do. XVII. XIX.	4	4	95.00
do. C. Obl. 13	4	4	98.00
do. 13 Ser. I. a	4	3½	91.00
Frkf. HPf. 10 V	4	4	98.20
do. Hpb. V 43	4	4	97.70
do. do. 46	4	4	97.50
do. do. 47	4	4	97.30
do. do. 48	4	4	97.30
Goth. Grdc. I.	4	3½	130.20
do. II.	4	3½	112.60
do. III.	4	3½	93.50
Hamb. Hyp. Bk.	4	4	97.80
D. Uders. E. I.	3	3	100.50
Donnersmrck	4	3½	93.75
do. unk. 06	4	4	98.20
Dortf. Gwe.	4	4	98.30
Drtm. Un. 110	4	4	98.10
do. 100	4	5	100.90
do. 1900	4	4	94.25
Elbrf. Papf.	4	4	99.00
Elkt. Hochb.	5	4	99.00
Elt. Lst. K 4	4	3½	93.50
Elektrch. W.	4	4½	97.70
Engl. Wll.	4	3½	94.25
do.	4	4	—
Flnsb. Schffb.	4	4	—
Frist. Rossm.	4	4	101.50
Geisenk. Bgw.	4	4	100.70
Gelsenk. Bgw.	4	4	98.00
Gg. Marbgw.	3	3	—
do.	3	3½	—
Gr. Lst. Unt.	3	3	—
do.	3½	3½	93.30
Gr. Berl. Strbr.	4	4	100.90
Hmbm. Pchf.	4	4½	100.90
Hohenlohe Wk.	4	4½	101.75
Harb. Bergw.	4	4	96.60
Harm. M.	3½	3½	102.50
Hann. Eisw.	3½	4½	101.00
Hann. El. Lst.	4	4	98.50
Henckl. Wlfe	5	4	97.00
Hibernia	4	4½	96.30
Hochdf. Pchf.	4	4	—
Hochstf. Bw.	4	4	97.75
Hörd. Bergw.	3	4	97.75
Hösch Stbw.	4	4	98.40
Hohenf. Ow.	3	3½	90.00
Hösten. Gwe.	4	4	98.25
Ilse Bergb.	4	4	98.50
Jessen Kali	4	4½	98.00
Kalw. Aschf.	4	4½	98.00
Kattow. Bgw.	4	4½	98.00
Kön. Marienh.	5	4	99.50
Königsh. Pl.	4	4½	100.40
do. uk. 1910	4	4	98.75
Kropp. Oblig.	4	4	98.90
Lahm. Kce.	4	4	98.90
Laurahütte	4	4	90.40
do.	4	3½	90.40
Leff. Cmkt.	4	4½	97.80
Leopold-Gr.	4	4	99.25
Löw. Lbwe.	4	4	—
Lwenstein	4	4½	99.00
Mgd. Bauv.	4	4½	101.00
Mannesmr.	5	4½	101.00
Mus. Genaux	4	4½	98.50
Nbg. Bauv.	4	4½	101.00
Nbdenw. A.	4	4	98.50
Neue Gas	3	3½	88.00
Phönix G.	4	4½	95.50
Rdlauf.	4	4½	97.50
Nordd. Eis.	3	4	94.00
Nordd. Lloyd	4	—	—
do.	4	4	94.30
Oberschl. Eisb.	3	4½	98.50
do. u. 1912	3	4½	99.75
do. Ein. -Ing.	4	4½	96.00
do. Kokw.	3	4½	96.00
Ornstk. opp.	3	4½	96.50
Osta. Kleinb.	4	3½	—
Patzenhofer	4	4½	101.00
Phönix Bgw.	3	4½	101.50
Rh. Ant. Kh.	2	4	98.00
Rh. Westf. Elbrf.	4	4	99.00
Rh. Westf. Elec.	4	4	88.75
do. Kalk	5	4	—
Roms. Hütt.	3	4	101.10
Rote Stern	4	4½	98.00
Schalk. Gr. 99	4	4½	98.50
Schl. Kleinb.	3	4½	98.25
Schuck. Acc.	4	4	98.00
do.	2	4½	94.75
Schulth. Br.	5	4	101.60
Siem. El. B.	3	4½	98.50
do. u. 1911	4	4½	99.50
Siem. Glas	3	4	99.50
Siem. Halsk.	3	4	97.00
do.	3	4	97.00
Siem. Schck.	3	4½	100.80
Siemen. Cel.	5	4	—
Stett. Ostw.	5	4	—
Stk. Strassenb.	4	4	—
Stowe. Nhm.	2	4½	100.00
Südd. Eisenb.	3	3½	88.00
Tangermd.	4	4½	98.00
Teleas Bk.	12	4	98.75
Thiedem. Gw.	4	4½	99.00
Thel. Wnckl.	2	4	—
Tnt. A. Lind.	4	4	94.25
Ver. Dmpfz.	5	4	99.10
Vrbs. u. BG.	2	4	—
Westf. Eisb.	2	4	—
Westf. Elec.	4	4½	99.50
Westf. Drahtst.	4	4	97.00
Westf. Vrnstb.	3	4	—
Wilhelmsh.	3	4	—
Zeitz. Masch.	3	4½	—
Zeitz. Masch.	4	4½	101.00
Zellstf. Waldh.	2	4	98.60
Zoolog. Gart.	4	4	99.00
Grangesberg	4	—	—
Haid. Bach.	4	4	101.00
Hapht. Gold A	4	5	98.60
do.	4	5	98.10
Res. Fist. Wdh.	4	4	—
Steaua Rm.	5	4	100.75

Bank-Aktien

Badische Bk.	4	8	—
B. f. Brauer. I.	4	4	—
Barm. Bankv.	7	7½	124.25
Bo. Creditk.	4	4	99.75
Bayr. B. H. a. I.	4	5	118.00
Berg. Märk. B.	8	8½	151.00
Brl. Hand. Ges.	9	9	163.70
Brl. Kassenv.	8	8	118.00
do. B.	8	8	166.00
do. Kassenv.	8	8	—
do. Makler v.	7	7	—
Brl. Stadtbk.	7	7½	150.30
Braunschw. B.	6	6½	116.75
do. Hann. Hyp.	4	4	—
Bremer B.	6	6	109.00
do. Wechsl. B.	6	6	103.90
Chemn. Bkv.	4	4	105.25
Coburg Cred.	4	4	—
Comm. u. Pr. B.	4

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 204,62, Diskonto 175,10, Deutsche Bank 233,87, Berliner Handelsgesellschaft 163,87, Kanada 152,62, Baltimore 82,20, Paketfahrt 112,90, Nordd. Lloyd 99,00, Russische Anl. von 1902 82,60, Laurahütte 212,25, Bochumer Guss 203,00, Harpener 195,80, Gelsenkirchen 188,00, Phönix 178,75, Dresdner Bank 138,75, Schaaffhausen 133,50, Lombarden 25,50, A. E.-G. 200,00. — Tendenz: Leicht abgeschwächt.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: Sächs.-Thür. Zement 2, Adler Fahrrad 4,50, Archimedes 1,50, Dürkopp 2, Gutsmann Masch. 1,75, Baer & Stein 1,75, Sächs. Cartonnagen 2,75, Klauser Spinnerei 2,75, Sangerhäuser Masch. 1,25, Schwartzkopff 3, Stettiner Vulcan 2, Anilinfabrik 3,50, Albert chem. Fab. 1,25, Elberfelder Farben 3, Höchster Farben 1,50, Oranienburg. chem. Fab. 2, Schweig 3, Berl. Holz-Comptoir 1,25, Berl. Mörtelwerke 2, Sitzendorf Porz. 2, Zellstoff Waldhof 2,25, Concordia Spinnerei 1,50, Anhalter Kohlen 1,25, Zellstoff-Verein 1,50, Thale 1,50, König Wilhelm St.-Pr. 3, Schlesische Zink 7, Langendreer 2. — Dagegen notierten niedriger: 3½proz. Reichsanleihe 0,20, 3proz. Reichsanleihe 0,10, 3½proz. Konsols 0,10, 3proz. Konsols 0,15, Deutsche Bierbauerei 1,50, Brauerei Pfefferberg 1,75, Adler Zement 1,75, Strube 2,50, Balcke Tellering 1,50, Hein, Lehmann 2, Kronprinz Metall 5,75, Vogtländ. Masch. 1,25, Berl. Terrain-Ges. 1,50, Buckau chem. Fab. 1,50, Riedel 1,75, Varziner Papier 2, Braunschweig. Jute 1,75, Gladbacher Wolle 2, Caroline 3, Kattowitzer Bergbau 2, Milowicer 2, Thomée 1,50.

3proz. Reichsanleihen unterlagen im Verlauf der gestrigen Börse einem neuen Kursdruck auf Gerüchte, die den erwarteten Betrag der neuen Emission als besonders hoch bezeichneten.

Die 4proz. Reichsschatzanweisungen von 1908 in Höhe von 40 Millionen Mark sind nunmehr zur Börsennotierung zugelassen worden.

Disconto-Gesellschaft, Berlin. In der Generalversammlung führte die Verwaltung aus: Seit Jahresbeginn sei eine wesentliche Besserung am Geldmarkt eingetreten; Geld sei jetzt reichlicher, wenn auch nicht überflüssig, vorhanden, letzteres schon darum nicht, weil die Nachfrage von Handel und Industrie nach Geld für schon früher vorgesehene Unternehmungen noch immer gross sei, auch Staaten und Städte mit neuen Emissionen hervortreten, wie auch das Reich mit grossen Bedürfnissen demnächst nach Feststellung des Etats herauskommen werde. Aber es sei zu hoffen, dass diese Bedürfnisse sich normal und gleichmässig erfüllen lassen. Wie bisher die Anlagewerte und auch die industriellen Obligationen gern vom Publikum genommen worden seien, so dürfte die künftige Versorgung sich ebenfalls in geordneten Bahnen vollziehen. Nachdem die Ueberlastung verschwunden sei, blicke man mit grosser Beruhigung in die Zukunft. Die Effektenumsätze waren in den letzten Monaten wesentlich geringer; aber man dürfe wohl annehmen, dass, wie die bisherigen Geschäfte in festverzinslichen Werten, auch die in Aussicht stehenden weiteren Geschäfte einen befriedigenden Gewinn lassen, wenn auch naturgemäss keinen grossen. Ein allzu günstiges Zeichen würde man es nicht nennen können, wenn das Geld aus Misstrauen oder anderen Gründen so flüssig würde, dass es unabringlich bliebe. Man hoffe, dass auch das Börsengesetz endlich vom Stapel komme. In den Aufsichtsrat wurden an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Stadtältesten F. Bail und des verstorbenen Generalkonsuls de Liagre-Leipzig die Herren Ministerialdirektor Hötter und Otto Ulrich gewählt, welch letzterer aus der Direktion der Frankfurter Niederlassung ausscheidet. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde von 28 auf 29 erhöht und Kommerzienrat Röchling zugewählt.

Leisniger Bank, Aktiengesellschaft, in Leisnig. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 30 Mk. pro Aktie festgesetzt. Ferner wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 Mk. auf 1 000 000 Mk. beschlossen. Die Ausgabe der jungen Aktien soll nach und nach und nicht unter 110 Proz. erfolgen.

Die Waltershäuser Gewerbebank, A.-G., nahm in ihrer Generalversammlung den Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrates an, das Aktienkapital von 150 000 Mk. auf 300 000 Mk. zu erhöhen und den Aktionären auf jede alte eine neue Aktie zum Kurse von 133⅓ anzubieten.

Londoner Börse vom 1. April. Es notierten: Engl. Konsols 87,93, Rio Tinto 64,50, Geduld 1,12, Goldfields 2,81, Steel com. 54,50, Steel prefs. 100,75, Rand Mines 5,12, Anaconda 7,65.

Gewerkschaft Heldrungen. Der „B. B.-C." schreibt: Wie wir hören, steht die Einberufung der Gewerkenversammlung nunmehr auf den 23. d. Mts. bevor. Der Geschäftsbericht dürfte den Gewerken in diesen Tagen zugehen. Es zeigt sich, dass die Verwaltung bestrebt gewesen ist, mit dem technischen und rechtlichen Wirrwarr, der von der früheren Leitung zurückgeblieben war, aufzuräumen und klare Verhältnisse zu schaffen, namentlich auch in den Rechtsverhältnissen der Felder. Indessen ist die im Markt verbreitete Version, dass die noch ausstehende Zubusse nicht mehr zur Einziehung gelangen werde, unbegründet. Die Gewerken müssen sich vielmehr mit der Tatsache abfinden, dass der Ausbau des Werkes noch die Aufwendung erheblicher Mittel erfordert.

Buderussche Eisenwerke in Wetzlar. Die Generalversammlung genehmigte die Regularien und setzte die Dividende auf 8 Proz. fest. Auch die weiteren Anträge betreffend Bewilligung von 2 350 000 Mk. für Neuanlagen und Ermächtigung zum Abschluss eines Beamten-Versicherungsvertrages fanden einstimmige Annahme. Ueber die Geschäftslage wurde mitgeteilt, dass in den ersten drei Monaten des neuen Geschäftsjahres der Betrieb in allen Abteilungen im allgemeinen ohne Einschränkung aufrecht erhalten werden konnte. Wegen des unbefriedigenden Absatzes in Roheisen, welcher nach Ansicht der Verwaltung hauptsächlich als eine Folge der hohen Brennstoffpreise angesehen werden muss, ist sie aber gezwungen, am 1. April einen Hochofen auf der Georgshütte auszublasen. Hierdurch erfährt naturgemäss auch die Erzförderung eine Einschränkung. Auch auf den Abteilungen Carlshütte und Lollar soll, um das Anwachsen der Bestände zu vermindern, bis auf weiteres wöchentlich eine Feierschicht eingelegt werden. Arbeiterentlassungen haben sich bis jetzt noch vermeiden lassen. Da ähnliche Massnahmen auch von anderen Werken ergriffen sind, so sei zu hoffen, dass durch verminderte Angebot die Marktlage günstig beeinflusst wird. Eine merkliche Besserung könne aber erst eintreten, wenn die Preise für Kohle und Koks eine angemessene Ermässigung erfahren haben. In dieser Beziehung werde die Tatsache der allgemeinen Einschränkung der Roheisenerzeugung eine deutlichere Sprache für das Kohlensyndikat reden als sie die bisherigen Vorstellungen zum Ausdruck bringen konnten. Die Verwaltung hält trotz der vorliegenden Schwierigkeiten an der Auffassung fest, dass das laufende Jahr keine zu grossen Unterschiede gegen das Vorjahr in den Gewinnzahlen aufweisen werde.

Die Versammlung Westdeutscher Eisenhändler setzte sämtliche Lagerpreise einheitlich fest, und zwar für Stabeisen auf 145 Mk., für Grobbleche auf 155 Mk., für Fein- und Mittelbleche auf 160 Mk. und für Bandeisen auf 165 Mk. pro Tonne; bei grösseren Bezügen wird ein entsprechender Rabatt gewährt.

Das Messingsyndikat dürfte bei Ablauf laut „Rhein.-Westf. Ztg." nicht erneuert werden.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Akt.-Ges. In der Generalversammlung, in der ein Aktienkapital von 8 063 000 Mk. vertreten war, wurde die sofort zahlbare Dividende auf 20 Proz. festgesetzt.

Die Hartmann und Braun Akt.-Ges. für elektrische Apparate in Frankfurt a. schlägt 12 Proz. Dividende (wie i. V.) vor.

Die Generalversammlung der Kammgarnspinnerei Leipzig setzte die Dividende auf 13⅓ Proz. fest. Direktor Kommerzienrat Wenzel führte aus: Seit der amerikanischen Krise sei die gesamte Textilbranche von einer Depression ergriffen. Der Bedarf habe jetzt vollständig aufgehört, und die Verkaufpreise seien infolge einer unvernünftigen Konkurrenz gefallen. Der Versuch, die Interessenten zu einem Syndikat zusammenzuschliessen, sei gescheitert. Die Verhältnisse seien in diesem Jahre somit nicht günstig. Das Unternehmen habe aber noch auf vier Monate zu angemessenen Preisen Beschäftigung. Infolge innerer Konsolidation und grösserer Rücklagen aus früheren Zeiten schlösse das Unternehmen noch leidlich ab. Das Unternehmen habe im Einkaufe von Rohmaterialien Zurückhaltung geübt. Der Aufsichtsratsvorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Direktor zu schwarz gesehen haben möchte.

Nordhäuser Bürgerl. Brauhaus A.-G. Ueber die Generalversammlung wird der „N. Allg. Ztg." aus Aktionärkreisen folgendes berichtet: Die recht bewegte Versammlung leitete der Präsident des Aufsichtsrats Dr. jur. und phil. Jakobs aus Berlin. Da ein gedruckter Geschäftsbericht der Versammlung nicht vorlag, so wird man die Veröffentlichung der Bilanz im „Reichsanzeiger" abwarten müssen, um genaue Zahlen geben zu können. Soviel aber steht fest, dass die Gesellschaft auch im verflossenen Geschäftsjahre mit erheblichen Verlusten gearbeitet hat. Innerhalb 6 Wochen soll eine neue Generalversammlung einberufen werden, die Statutenänderungen und die Komplettierung des Aufsichtsrats vornehmen soll. Zu erwähnen ist noch aus den Verhandlungen, dass einige Geschäftshandlungen als der Aufklärung bedürftig erklärt wurden und ferner, dass die Auflassung des Grundstücks erst im Januar d. J. erfolgt ist, und zwar mit einer höheren Belastung als im Gründungsplan vorgesehen war. Auch sonst kamen noch unerquickliche Dinge zur Erörterung, die aber, da sie interner Natur waren, nicht in diesem objektiven Bericht wiedergegeben werden können.

Gründung des „Tapetentrusts". In diesen Tagen ist nunmehr die Gründung der Tapeten-Industrie-Aktien-Gesellschaft notariell vollzogen und damit perfekt geworden. Diese Gründung gilt als Kern, dem sich nun noch weitere Fab riken anschliessen werden. Vorläufig sind von der ungefähr 30 Millionen betragenden Gesamtproduktion aller Fabriken 11 Millionen unlösbar vereinigt. Zunächst sind beigetreten: Die Tapetenfabrik Hansa Iven u. Co., G. m. b. H., Altona-Ottensen; 2. R. Langhammer Nachfolger, Leipzig-Lindenau; 3. August Schütz, Wurzen i. S.; 4. Vereinigte Fabriken Hinderer, Thomas u. Co., Krefeld-Schörwasser; 5. Heeder u. Co., Krefeld. Aber auch der Beitritt der Firma Flammersheim u. Steinmann, Köln-Zollstock und der Rheinischen Tapeten- und Papierfabriken Engelhard u. Schleu, Commandit-Gesellschaft, Beuel a. Rh. ist gesichert; es sind nur noch gewisse Formalitätent zu erfüllen. Ein vertragliches Abkommen, das notariell vorgenommen wurde, bindet die Interessen der genannten sieben Firmen unlöslich zusammen. Am 3. April d. J. soll eine Sitzung der Verständigungskommission stattfinden.

Die Anaconda Copper Company hat die Quartalsdividende auf ½ % festgesetzt. Dieser Satz entspricht der am 15. Januar erklärten Quartalsdividende. In New York hatte man noch in den letzten Tagen mit der Möglichkeit einer Herabsetzung der Dividende gerechnet.

Bericht über den Markt für Bergwerksanteile (Kuxe)

von Samuel Zielenziger, Bankgeschäft, Berlin — Essen (Ruhr).

Die gegenwärtige nicht günstige Situation des Kohlenmarktes erzeugt naturgemäss Zurückhaltung. Immerhin ist das an den Markt gelangende Material nicht gerade umfangreich, und auch die Kursrückgänge sind im allgemeinen nicht eingreifend. Von schweren Werten büssten Mont Cenis 700 Mk., Darstfeld 300 Mk. und Lothringen 200 Mk. ein. Constantin der Grosse gaben in ihrem Geldkurse 1000 Mk., in ihrem Briefkurse dagegen mur 500 Mk. nach. Die übrigen Papiere dieser Kategorie, wie Friedrich der Grosse, Helene und Amalie, König Ludwig, Königin Elisabeth und Unser Fritz zeigen, allerdings bei vorwiegendem Angebot ziemlich behauptete Notizen. Von mittleren und kleineren Kuxen lagen Trier weiter schwach und verloren wiederum 200 Mk. Um ebensoviel ermässigten Blankenburg ihren Kursstand, Eintracht Tiefbau, Gottesseegen und Kaiser Friedrich büssten je 100 Mk. ein, während Heinrich und Hermann I—III leicht anziehen konnten.

Von Braunkohlenkuxen waren Brühl 400 Mk., Bruckdorf-Nietleben 200 Mk. billiger angeboten. Humboldt stellten sich 75 Mk. niedriger, während sich Hamburg bei mehrfachen Umsätzen ziemlich behaupteten.

Auf dem Markt für Kaliwerte übertrug sich die in der Vorwoche zu beobachtende rückläufige Bewegung auf die Berichtsperiode in erheblicherem Masse. Mitteilungen über geplante Ausbeute-Reduzierungen bezw. Einstellungen, welche infolge der Inangriffnahme einer zweiten Schachtanlage notwendig erscheinen und der immer wieder hervortretende Geldbedarf bei verschiedenen schachtbauenden Werken wirkten verstimmend. Nur für wenige vereinzelte Werte trat einiges Kaufinteresse hervor. Von Ausbeutewerten waren Neustassfurt auf Mitteilungen über eine geplante Ausbeute-Reduzierung scharf offeriert und büssten mangels jeglicher Nachfrage annähernd 2500 Mark ein. Einbussen erlitten ferner Beienrode minus 150 Mk., Burbach minus 350 Mk., Grossherzog v. Sachsen minus 300 Mk. und Hohenfels minus 200 Mk. Auch Glückauf Sondershausen blieben bei einem um ca. 500 Mk. ermässigten Kurse offeriert. Gut behauptet waren hingegen Alexandershall, Wilhelmshall und Wintershall. Eine Kursavance weisen lediglich Carlsfund auf, welche auf einige Nachfrage hin 150 Mk. anzogen. Von mittleren und kleineren Werten weisen erhebliche Rückgänge auf Immenrode minus 250 Mk., Rothenberg minus 150 Mk. und Hansa minus 200 Mk. auf Befürchtungen grösseren Zubussebedarfs. Ferner büssten Siegfried I auf die demnächst fällige Zubusse weitere 350 Mk. ein. Niedriger notieren ferner Desdemona minus 100 Mk., Heldrungen minus 50 Mk., Hermann II minus 50 Mk. und Sachsen-Weimar minus 75 Mk. Einige Nachfrage bestand für Deutschland und Günthershall sowie auch für Hohenzollern, welch letzteres Papier um ca. 100 Mk. avancierte. Für Schieferkaute trat neuerdings Kaufneigung hervor, wobei dieses Papier seine anfängliche Kurseinbusse fast wieder einholen konnte. Mehrfachem Kaufinteresse begegneten Einigkeit, welche ca. 300 Mark anziehen konnten. Wie verlautet, verteilt dieses Werk am 1. April erstmalig eine Ausbeute von 75 Mk. für das I. Quartal. Auf dem Aktienmarkt bestand nur für Ronnenberg einiges Interesse, welche auf Käufe eine Steigerung von 5 Proz. aufweisen. Bei guter Tendenz verharrten Heldburg, während die übrigen Werte Kursabbröckelungen aufweisen. So notieren niedriger Deutsche Kali minus 1½ Proz., Friedrichshall minus 2 Proz., Hannoversche Kali minus 3 Proz. und Teutonia minus 5 Prozent.

Im Konkurs der Weidaer Automobilwerke Schmidt & Kellner fand Zwangstermin statt. Aktiva sind etwa 9900 Mk. vorhanden. Nichtbevorrechtigte Forderungen sind 97 000 Mk. festgestellt und etwa 10 000 Mk. noch aussenstehende Forderungen. In der Masse liegen sonach etwa 6—10 Proz. Dem Zwangsvergleichsvorschlag mit 20 Proz. wurde zugestimmt.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 1. April. Am Frühmarkt notierten Weizen inl. 201—203,00. Roggen inl. 183—184,00. Hafer, märkischer Mecklenburg., pommerscher, preuss., rosenscher u. schlesischer fein 171—182, mittel 162—170, gering 157—161, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 156,00—159,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 150—160, gute 161—170, russische und Donau leichte 146 bis 150. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 168—182, kleine —,—. Weizenmehl 00 25,75—28,00. Roggenmehl 0 und 1 24,00—26,40 Weizenkleie 12,50—13,25. Roggenkleie 12,50—13,00. (Alles frei Bahn.

Hamburg, 1. April. Weizen flau, Mecklenburger und Ost-Holsteiner 200—208 Roggen ruhig, Mecklenburger und Altmärker 176—194, russ. cif. 9 Pud. 10/15 143,50. Gerste flau, südruss. cif. 120,50. Hafer ruhig, Holsteiner und Mecklenburger 160—172. Mais ruhig, America mixed cif. 118,00. La Plata cif. 108,50.

Pest, 1. April. Weizen flau per April 11,36 Gd., 11,37 Br., per Oktober 9,78 Gd., 9,79 Br. Roggen per April 10,53 Gd., 10,54 Br., per Oktober 8,58 Gd., 8,60 Br. Hafer per April 7,38 Gd., 7,39 Br., per Oktober —,— Gd., —,— Br. Mais per Mai 6,44 Gd., 6,45 Br. Raps per August 16,45 Gd. 16,55 Br.

Zucker.

Hamburg, 1. April. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per April	22,85	22,70	22,50 Mk.
„ Mai	22,90	22,70	22,60 „
„ August	23,10	22,85	22,75 „
„ Oktober	20,75	20,60	20,50 „
„ Dezember	20,30	20,15	20,10 „
„ März	20,60	20,45	20,40 „
	ruhig	flau	ruhig

Kaffee.

Hamburg 1. April. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per Mai	31⅛ Gd.	31⅛ Gd.	31⅛ Gd.
„ September	31¾ Gd.	31¾ Gd.	31¾ Gd.
„ Dezember	32 Gd.	32 Gd.	32¼ Gd.
„ März	32 Gd.	32¼ Gd.	32¼ Gd.
	stetig	ruhig	ruhig

Bremen, 1. April. Kaffee ruhig.

Havre, 1. April. Kaffee good average Santos per März 41½, per Mai 41½, per Sept 40½, per Dez. 40½. Ruhig.

Spiritus.

Nordhausen, 1. April. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105—106 ℔ 66,50—67,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 ℔. 74,25—75,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Hamburg, 1. April. Spiritus flau, per April 30 Gd., per April-Mai 29½ Gd., per Mai-Juni 29½ Gd.

Petroleum.

Hamburg, 1. April. Petroleum fest Standard white loko 7,55.

Fettwaren und Oele.

Bremen, 1. April. Schmalz stetig. Loko, Tubs u. Firkin 44, Doppeleimer 44½.

Hamburg, 1. April. Rüböl ruhig, versollt 74,00.

Köln, 1. April. Rüböl loko 77,00, per Mai 76,00.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 1. März. Städtischer Schlachtviehmarkt (Amtlicher Bericht der Direktion.) Es standen zum Verkauf: 615 Rinder, 2630 Kälber, 1488 Schafe und 14,982 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Kälber: a. feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 84—88 M.; b. mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 72 bis 78 M.; c. geringe Saugkälber 41—50 M.; d. ältere gering genährte Kälber (Fresser) — — M.; Schafe: a. Mastlämmer und üngere Masthammel 76—78 M.; b. ältere Masthammel 66—69 M.; c. mässig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) 54—58 Mark. Schweine: Man zahlte für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara: a. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen 53 Mark; b. fleischige 50—52 M.; c. gering gewickelte 47—49 M.; d. Sauen 49 Mark.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 300 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich in guter Ware glatt, im übrigen ruhig. Ausgesuchte schwere Kälber brachten Preise über Notiz. Der Bestand an Schafen fand bis auf ½ Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 1. April Kartoffelmehl und -Stärke 24,75—25,25. Feuchte Stärke —,—.

Magdeburg, 1. April. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,00—25,25.

Wolle.

Bremen, 1. April. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl 54½ Pfg.

Metalle.

London, 1. April. Chili-Kupfer ruhig 59, 3 Monat 59⅞, Zinn Straits ruhig 143, 3 Monat 141¾, Blei span., ruhig 14½, englisch 14⅝, Zink, gewöhnliche Marke, ruhig, 21½, spes. Marke 22¼.

Glasgow, 1. April. (Mittag.) Roheisen flau, Middlesbrough warrants 51/4.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	1. 4.	31. 3.	Chicago.	1.4.	31.3.
Weizen p. Mai	101⅛	101	Weizen p. Mai	92⅝	92⅛
„ „ Juli	96	95¾	„ „ Juli	88⅛	87⅞
Mais p. Mai	75⅝	75¼	Mais p. Mai	66⅛	66⅛
„ Juli	73⅛	73	„ „ Juli	64⅛	64
Mehl Spring clears	4,35	4,35	Hafer p. Mai	53⅛	53¼
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6	6	„ „ Juli	47⅛	46⅛
„ p. April	5,65	—	Roggen p. Mai	73	74
„ „ Juni	5,70	5,70	Schmalz „ Mai	8,47	8,35
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ Juli	8,72	8,50
do. in New York	8,75	8,75			
do. in Philadelphia	8,70	8,70			

Tendenz: Weizen stetig, Mais stetig.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 1. April. Hamburg-Amerika-Linie. Meteor, auf der Mittelmeerfahrt, 31. März 9 Uhr vorm. in Abazzia angek. Sparta, nach Mittel- und Südbrasilien, 31. März 11 Uhr vorm. von Cuxhaven abgeg. Dania, nach Havana und Mexiko, 31. März 1 Uhr nachm. in Cadiz angek. Hamburg 31. März 12 Uhr mittags von New York nach Gibraltar, Neapel und Genua abgeg. Fürst Bismarck, von Havana und Mexiko, 31. März abends in Havre angek. Allemannia 31. März von Vera Cruz nach Havana abgegangen. Dacia, nach Mittelbrasilien, 31. März 10 Uhr morgens von Lissabon abgeg. Etruria, von Mittelbrasilien, 31. März 1 Uhr morgens von Funchal abgegangen. Moltke, auf der Orientfahrt, 31. März 4 Uhr nachm. von Neapel nach Genua abgeg. Illyria, von der Westküste Amerikas, 31. März nachm. Quessant Creach passiert. Saxonia, von Ostasien, 31. März von Marseille abgeg. Graf Waldersee, von New York, 1. April 8 Uhr 10 Min. vorm. Eastbourne passiert.

Bremen, 1. April. Nordd. Lloyd. Bülow Dienstag 1 Uhr nachm. von Southampton abgeg. Kleist Mittwoch 3 Uhr morgens Hurst Castle passiert. Kronprinzessin Cecilie Dienstag 5 Uhr nachm. Borkum Riff passiert. Prinz Ludwig Dienstag 4 Uhr nachm. in Singapore angek. Hohenzollern Montag 10 Uhr vorm. in Alexandrien angek. Prinzessin Alice Dienstag 2 Uhr nachm. von Nagasaki abgeg. Prinzregent Luitpold Dienstag 6 Uhr nachmittag in Nagasaki angek. Aachen Dienstag 5 Uhr nachm. in Antwerpen angek. Erlangen Mittwoch 5 Uhr morgens Borkum Biff passiert. Halle Dienstag 6 Uhr nachm. St. Vincent passiert. Lothringen Dienstag 5 Uhr nachm. von Vlissingen abgeg. Frankfurt Dienstag 8 Uhr vorm. in Galveston angek. Kaiser Wilhelm II. Dienstag 12 Uhr mittags von New York abgeg.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	31. März	+0,87	1. April	+0,86	1	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,16	„	+2,16	—	—
„ Unterpegel	„	+1,71	„	+1,70	1	—
Weissenfels, Oberpeg.	„	+2,60	„	+2,64	—	4
„ Unterpeg.	„	+0,98	„	+1,16	—	18
Trotha	31.	+2,50	1.	+2,52	—	2
Alsleben, Oberpegel	31.	+2,60	1.	+2,59	1	—
„ Unterpegel	„	+2,25	„	+2,22	3	—
Bernburg	„	+1,82	„	+1,82	—	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,78	„	+1,78	—	—
„ Unterpegel	„	+1,60	„	+1,60	—	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.								
	April	Fall	Wuchs		April	Fall	Wuchs
Budweis	31. +0,96	—	1	Torgau	1. +1,68	—	—
Prag	„ —	—	—	Wittenberg	„ +2,49	4	—
Jungbunzl.	„ +0,44	—	14	Rosslau	„ +1,99	7	—
Laun	„ +0,65	—	5	Barby	„ +2,34	5	—
Pardubitz	„ +0,66	—	4	Magdeburg	„ +2,61	7	—
Brandeis	„ +1,08	—	2	Tangermünde	„ +2,96	9	—
Melnik	„ +0,77	—	2	Wittenbrge.	„ +2,34	3	—
Leitmeritz	1. +0,61	—	8	Dömitz, Pegl.	31. +2,35	—	2
Aussig	„ +1,03	—	8	Hohnstorf	1. +2,30	—	2
Dresden	„ −0,49	—	5	Lauenburg	„ +2,32	—	1

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080402011/fragment/page=0006